

# kriens

## Protokoll

Kriens, 15. Dezember 2022

### Sitzungsdatum

Donnerstag, 15. Dezember 2022

### Zeit Ort

13:30 Uhr bis 18:30 Uhr,  
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

### Verfasst durch

Sascha Frevel  
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09  
sascha.frevel@kriens.ch



## Einwohnerratssitzung 2022/2023 Protokoll Nr. 4

### Anwesend

Präsident

Räto Camenisch

Einwohnerrat

29 Mitglieder

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Protokoll

Sascha Frevel

## Traktanden

- |     |                                                                                                                                       |              |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1.  | <u>Mitteilungen / Beschlussfassung Dringlichkeit</u>                                                                                  |              |
| 2.  | <u>Protokoll Nr. 9 vom 30. Juni 2022 und Nr. 1 vom 1. September 2022</u>                                                              |              |
| 3.  | <u>Fragenstunde</u>                                                                                                                   |              |
| 3a. | <u>Bericht und Antrag:</u> Globalkredit der Erfolgsrechnung Aufgabenbereich Personaldienste                                           | Nr. 147/2022 |
| 4.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Erlass Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Kriens, 2. Lesung                                       | Nr. 026/2021 |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt!»<br>Gegenvorschlag, 1. Lesung                                 | Nr. 143/2022 |
| 6.  | <u>Beantwortung Interpellation Stofer:</u> Wie schützt die Stadt Kriens ihre Bevölkerung vor Hitze?<br>aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 124/2022 |
| 7.  | <u>Beantwortung Interpellation Erni:</u> Bevölkerungsschutz<br>aus Zeitgründen abtraktandiert                                         | Nr. 128/2022 |
| 8.  | <u>Postulat Stofer:</u> Schachen- Amlehnstrasse: Tempo-30 jetzt! Zur Sicherheit des Veloverkehrs<br>aus Zeitgründen abtraktandiert    | Nr. 144/2022 |
| 9.  | <u>Postulat Amrhein:</u> Aktienverkauf<br>aus Zeitgründen abtraktandiert                                                              | Nr. 145/2022 |
| 10. | Verabschiedung Hans Fluder                                                                                                            |              |

## Neueingangsliste

- |            |                                                                                                                    |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Nr. 145/22 | Postulat Amrhein: Aktienverkauf<br>Eingang: 3. November 2022                                                       |
| Nr. 146/22 | Interpellation Amrhein: Mehrwertabgaben<br>Eingang: 3. November 2022                                               |
| Nr. 147/22 | Bericht und Antrag: Globalkredit der Erfolgsrechnung Aufgabenbereich Personaldienste<br>Eingang: 30. November 2022 |
| Nr. 148/22 | Interpellation Felber: Wem gehört der «öffentliche» Raum in der Stadt Kriens<br>Eingang: 8. Dezember 2022          |
| Nr. 149/22 | Postulat Bucher: Schulklassen besuchen den Einwohnerrat<br>Eingang: 9. Dezember 2022                               |
| Nr. 150/22 | Postulat Bucher: Schulrat wird obligatorisch                                                                       |

---

Eingang: 9. Dezember 2022

Nr. 151/22    Dringliche Interpellation Felber: Verbesserung der Sicherheit um Baustellen in Kriens / Sicherheit um die Baustelle Pilatus Arena  
Eingang: 11. Dezember 2022

---

## 1. Mitteilungen / Beschlussfassung Dringlichkeit

Räto Camenisch begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Die Pausen sind von 15:40 Uhr – 16:00 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:30 Uhr.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Schloss Schauensee zum Jahresabschluss.

Gemäss Räto Camenisch wurde die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt. Der Stadtrat hat einen Antrag auf Ergänzung der Traktandenliste gestellt. Nach der Fragestunde folgt deshalb das Traktandum 3a zum Bericht und Antrag Globalkredit der Erfolgsrechnung Aufgabenbereich Personaldienste. Der Einwohnerrat ist mit der Ergänzung einverstanden. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Es ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen Dringliche Interpellation Felber: Verbesserung der Sicherheit um Baustellen in Kriens – Sicherheit um die Baustelle Pilatus Arena (Nr. 151/2022). Der Dringlichkeit wird nicht opponiert.

Bruno Purtschert erklärt seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat. Vor rund einem Monat hat Bruno Purtschert das Amt als Einwohnerrat angetreten und heute muss er bereits wieder seinen Rücktritt ankünden. Der Einwohnerrat hat im September die BDO als Revisionsstelle gewählt und die BDO ist ebenfalls die Arbeitgeberin von Bruno Purtschert. Bruno Purtschert hat die Unabhängigkeitsfragen seitens BDO vertieft analysiert und geklärt und von der BDO die Zustimmung für das Amt erhalten, mit der Auflage, dass er bei gewissen Geschäften in Ausstand treten müsse. Als Bruno Purtschert klärte, bei welchen Geschäften er in Ausstand treten muss, kam zum Vorschein, dass es für die Gemeindeordnung Kriens als unvereinbar anschaut gleichzeitig bei der Revisionsstelle und im Einwohnerrat tätig zu sein. Was beim Kanton zulässig ist, sei in der Stadt Kriens leider nicht möglich. Schade und auch ärgerlich, dass es etwas zu spät zum Vorschein kam. Es kam jedoch noch rechtzeitig zum Vorschein, denn es wurde keine Norm verletzt. Nun hat Bruno Purtschert ab Neujahr wieder etwas mehr Zeit und die Stadt Kriens hat eine gute Revisionsstelle.

Maurus Frey wurde durch die Geschäftsleitung beauftragt, über die Behandlung der Ökihof-Initiative Auskunft zu geben. Mit dem Geschäft 271/2020 im März 2020 wurde die Initiative zum Ökihof vom Einwohnerrat für gültig erklärt. Die Initiative wurde damals vom Einwohnerrat auch überwiesen und befürwortet. Der Stadtrat hat dem Einwohnerrat im November 2021 mit einem Geschäft 056/2021 die Nichteinzonung beantragt. Dieses Geschäft musste kurzfristig zurückgezogen werden. Wäre es dazu gekommen, hätte das Volk über etwas abgestimmt, was nicht durchführbar ist. Das hat alle etwas verwirrt und deshalb hat man das Gespräch mit dem Initiativkomitee gesucht. Dabei konnte man eine Einigkeit über das weitere Vorgehen erlangen. Das weitere Vorgehen sieht folgendermassen aus. Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat einen Rückkommensantrag stellen, damit der Entscheid vom Geschäft 271/2020 rückgängig gemacht werden kann. Dann steht Kriens wieder in der Ausgangsposition und alle Optionen sind dann wieder offen. Es steht dann auch dem Initiativkomitee offen die Initiative zurück zu ziehen. Inhaltlich sei es so, dass der Stadtrat Kriens mit dem Gemeinderat Horw und auch mit dem Stadtrat Luzern eine Absichtserklärung unterschrie-

---

ben hat. Die drei Exekutiven suchen gemeinsam nach einer Lösung, damit das Entsorgungsangebot langfristig gesichert werden kann. Kriens ist dabei auf gutem Weg und es gibt bereits ein Projekt, dass der aktuelle Ökihof umgebaut wird um die Verträglichkeit mit den Anwohnern zu verbessern.

---

## **2.    Protokoll Nr. 9 vom 30. Juni 2022 und Nr. 1. Vom 1. September 2022**

Räto Camenisch stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Die Protokolle Nr. 9 vom 30. Juni 2022 und Nr. 1. Vom 1. September 2022 werden somit genehmigt und verdankt.

---

## **3.    Fragenstunde**

Patrick Koch bedauert, dass kein geschmückter Weihnachtsbaum auf dem Stadtplatz steht, obwohl Kriens viele schöne Bäume in der Umgebung hat.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf wurde davon abgesehen, dafür ist einer im Foyer mit schönen roten Kugeln.

Matthias Erni hat festgestellt, dass im Bau- und Umweltdepartement eine hohe Personalfluktuaton stattgefunden hat im Jahr 2021. Er möchte deshalb wissen, wie die Situation im Jahr 2022 aussieht.

Gemäss Maurus Frey sind die stürmischen und unruhigen Zeiten weitergegangen. Der Stadttingenieur hat die Stadt Kriens verlassen und es sind noch drei weitere Kündigungen eingegangen. Nun beginnt das Rad sich jedoch wieder zu drehen.

Michèle Albrecht hat eine erneute Einsprache beim Nidfeld Hochhaus vernommen. Darin wird verlangt, dass das Baugesuch und der Bebauungsplan gefordert werde. Was bedeutet dies für den Einwohner-rat und den Stadtrat?

Laut Maurus Frey ist die Beurteilung der Einsprache in der Kompetenz vom Stadtrat. Es gibt keine rechtliche Grundlage um diesen Bebauungsplan wieder anzureissen. Die Einsprache wird jedoch ge-prüft und entsprechend beurteilt.

Kathrin Gut hat im Kurzprotokoll von der letzten Einwohnerratssitzung gelesen, dass es noch eine Ver-ordnung für die Billetsteuern geben wird.

Roger Erni erklärt, dass dies aufgrund der Diskussionen im Kurzprotokoll stand. Gegenstand der Ver-ordnung wäre, dass man schaut, dass das Kantonale Reglement nicht widerspricht. Luzern macht das auch so, dass Junioren davon ausgenommen sind.

Bruno Amrhein hat in den Medien gelesen, dass der Regierungsrat eine grosse Steuerreform plant. Aktuell läuft die Vernehmlassung bei den Städten und Gemeinden. Es sollten etwas 100 Millionen Franken auf die Gemeinden abgewälzt werden. Bruno Amrhein möchte gern die Position vom Stadtrat wissen und ob er sich ein Gemeindereferendum vorstellen könnte.

---

Christine Kaufmann-Wolf dankt für die Frage. Es sei eine sehr komplizierte Vorlage. Der Stadtrat hat über die Vorlage noch nicht diskutiert. Aktuell wird die Vernehmlassung noch ausgearbeitet und dann dem Stadtrat vorgelegt.

Armin Lisibach hat vernommen, dass beim Neubau Herzog Elmiger im Obernau mit Holzschnitzel (bzw. Resten von der Produktion) wärme angeboten wird. Wird das Vorhaben auch in die Wärmeverbundplanung im Obernau integriert?

Maurus Frey kann das so genau nicht sagen, jedoch werde der Stadtrat in ersten Halbjahr 2023 eine Ausschreibung machen und möglicherweise wird sich der Herzog Elmiger als Energielieferant bewerben.

Viktor Bienz möchte wissen, wann die Beschilderung für die Streubachstrasse der Strassengenossenschaft zur Verfügung gestellt wird?

Maurus Frey wird Viktor Bienz bald kontaktieren.

Kathrin Gut erinnert sich, dass beim Carparkplatz Rösslimatt gesagt wurde, dass ein Fussgängerübergang mit Insel gemacht werde. Sie möchte wissen, ob dieses Anliegen noch auf einem guten Weg ist.

Gemäss Maurus Frey ist das Anliegen auf gutem Weg. Jedoch konnte es noch nicht realisiert werden, da die Bushaltestelle Südpol auch gemacht wird.

Gemäss Raoul Niederberger gilt seit dem 1. Dezember 2022 einen höheren Aufnahmeschlüssel bei geflüchteten und Personen mit Schutzstatus aus der Ukraine. Die Stadt Kriens hat anfangs Monat eine Medienmitteilung herausgegeben, dass sie aktiv auf Suche nach Plätzen in Privatwohnungen ist. Raoul Niederberger möchte wissen, ob schon erste Erfolge erzielt wurden.

Cla Büchi dankt für die Frage. Die Stadt Kriens war bis Ende Oktober 2022 mit 33 Plätze im Minus und nun sind es noch 30 bei einem Erfüllungsgrad von 90 %. Im Moment gilt noch ein Erfüllungsgrad von 75 %, womit Kriens mit 65 Plätzen im Plus steht. In den letzten Tagen kam heraus, dass der Regierungsrat die Frist für den Erfüllungsgrad von 90 % nochmal verschoben hat. Kriens ist somit bis am 1. Februar 2023 noch im Plus.

Laut Beat Tanner wurde vor 10 Jahren die Ortsplanung revidiert und dafür gab es eine Ortsplanungskommission. Er möchte von der Stadtpräsidentin wissen, weshalb es neu ein Bevölkerungsbeirat ist und wer diese Personen gewählt hat.

Maurus Frey erlaubt sich als Dossierführenden Stadtrat Antwort auf die Frage zu geben. Die Begleitgruppe ist als stadträtliche Kommission konstituiert und wurde somit vom Stadtrat gewählt.

---

Reto Felber sieht öfters vor dem Hotel Holiday Inn Reisecars stehen. Können diese im Rösslimatt parkieren? Oder was müsste gemacht werden, damit dies möglich ist?

Maurus Frey muss abklären, welche Abklärungen gemacht werden müssen. Es sei jedoch einen guten Hinweis.

Raoul Niederberger hat eine erneute Frage zum Verteilschlüssel mit den Ukraine-Flüchtlingen. Es soll eine Systemänderung geben. Anstelle einer gestaffelten Erhöhung der Malus-Zahlung soll ein fixer Beitrag von Fr. 15.00 eingeführt werden. Raoul Niederberger möchte gerne die Meinung vom Stadtrat zu diesem Vorschlag vom VLG hören.

Cla Büchi hat gestern die Vernehmlassung zu diesem Thema erhalten. Der Stadtrat hat dies noch nicht besprochen und deshalb kann er nicht sagen, wie der Stadtrat dazu steht.

---

### **3a. Bericht und Antrag: Globalkredit der Erfolgsrechnung Aufgabenbereich Personaldienste**

Laut Martin Zellweger hat die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 3. November zum Budget 2023 den Antrag gestellt die Lohnanpassung der Verwaltung für 2023 auf 1.5 % festzulegen. Dieser Antrag wurde mit einer pauschalen Anpassung des Aufwands von Fr. 130'000.00 gestellt. Über die detaillierte Verteilung dieser Aufwanderhöhung auf die einzelnen Globalbudgets der Aufgabenbereiche aufgrund dieser Lohnanpassung wurde nicht entschieden. Dies wäre natürlich im Rahmen der Abnahme der Globalbudgets durch den Einwohnerrat gemäss gesetzlicher Grundlage wichtig und richtig. Dieser Schritt ist im Rahmen der Einwohnerratssitzung nicht erfolgt. Um den Willen des Einwohnerrats trotzdem gesetzeskonform umzusetzen schlägt der Stadtrat in diesem Bericht und Antrag vor den beschlossenen Mehraufwand von Fr. 130'000.00 in einem Aufgabenbereich, nämlich den Personaldiensten, anzupassen. Die sich daraus ergebenden Abweichungen in der Jahresrechnung zum Budget sollen dann in der Jahresrechnung 2023 entsprechend kommentiert werden. Der Antrag wurde in der KFG besprochen. Er setzt auch mit dieser Lösung den ursprünglichen vom Einwohnerrat bewilligten Antrag der KFG zum Budget 2023 vollumfänglich und korrekt um. Dies Praxis wird auch von der Finanzaufsicht der Gemeinden empfohlen. Insofern empfiehlt die KFG dem Einwohnerrat einstimmig den Antrag zu genehmigen.

#### **Ordnungsantrag KFG**

Martin Zellweger stellt im Namen der KFG den Ordnungsantrag, direkt zur Schlussabstimmung zu springen, da der Antrag klar ist und von allen Fraktionen einstimmig empfohlen wird. Dieses Vorgehen wurde in der letzten Sitzung aus Effizienzgründen auch schon umgesetzt.

Raoul Niederberger ist mit dem Vorgehen grundsätzlich einverstanden, jedoch möchte Raoul Niederberger, dass klar ist, dass alle Parteien auf den B+A eingetreten sind. Eventuell müsste dies noch klar kommuniziert werden.

#### **Abstimmung über den Ordnungsantrag der KFG**

Mit 26:0 Stimmen wird der Ordnungsantrag einstimmig angenommen.

|                      |    |
|----------------------|----|
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |
| Lengwiler Beda       | Ja |
| Lisibach Armin       | Ja |
| Meier Marco          | Ja |
| Meyer Pascal         | Ja |
| Niederberger Raoul   | Ja |
| Portmann Michael     | Ja |
| Purtschert Bruno     | Ja |
| Rüegg Beat           | Ja |
| Seeger Cedric        | Ja |
| Stofer Peter         | Ja |
| Tanner Beat          | Ja |
| Vonesch Andreas      | Ja |
| Zellweger Martin     | Ja |
| Ziemssen Jörg        | Ja |

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussestext**:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens, nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 147/2022 des Stadtrates Kriens vom 30. November 2022 und gestützt auf § 26 Abs. 1 lit. c der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 beschliesst:

1. Für das Budget 2023 den Globalkredit der Erfolgsrechnung Aufgabenbereich Personaldienste um 130'000 Franken zu erhöhen (0.5% Lohnanpassung Verwaltung)
2. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr.147/2022:**

Der Beschlussestext wird mit 26:0 Stimmen einstimmig angenommen.

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |

---

|                    |    |
|--------------------|----|
| Lengwiler Beda     | Ja |
| Lisibach Armin     | Ja |
| Meier Marco        | Ja |
| Meyer Pascal       | Ja |
| Niederberger Raoul | Ja |
| Portmann Michael   | Ja |
| Purtschert Bruno   | Ja |
| Rüegg Beat         | Ja |
| Seger Cedric       | Ja |
| Stofer Peter       | Ja |
| Tanner Beat        | Ja |
| Vonesch Andreas    | Ja |
| Zellweger Martin   | Ja |
| Ziemssen Jörg      | Ja |

---

#### 4 Bericht und Antrag: Erlass Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Kriens, 2. Lesung

Karin Schuhmacher Bürgi teilt mit, dass einen neuen Beschlusstext vorliegt. Es hat bei Punkt drei eine Änderung gegeben. Der Punkt wurde angepasst, weil festgestellt wurde, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt, wonach das Reglement über den Finanzhaushalt dem Regierungsrat zur Genehmigung zuzustellen ist. Die Streichung dieses Punktes erfolgt nach Rücksprache mit der Abteilung für Gemeinden. Somit entfällt ein Schritt um dieses Reglement in Kraft zu setzen.

Gemäss Räto Camenisch wurde dieser B+A am 29. April 2021 in erster Lesung behandelt. Weil seither einige Zeit vergangen ist, erhalten heute Kommissionen, Fraktionen und Einzelsprecher die Gelegenheit sich im Sinne eines Eintrittes nochmals gesamthaft zu dieser Vorlage zu äussern.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der KFG beim Stadtrat und den Finanzdiensten, speziell David Schilling, für die Ausarbeitung und die Umsetzung der Anforderungen an das Reglement. Auch in der 2. Lesung hat die Kommission das Geschäft zum Erlass eines Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Kriens intensiv diskutiert. Grund waren zahlreiche Veränderungen zentraler Themen in der 2. Version des Reglements. Insbesondere waren die Artikel 5 und 22 des Reglements, respektive Artikel 1 der Verordnung massgebend. Sie sind wesentlich für das Verständnis der finanzpolitischen Steuerung. Dazu gehören speziell aber auch die vorgeschlagenen Übergangsbestimmungen für eine sinnvolle schrittweise Einführung der reglementarischen Vorgaben. Die Kommission hat es in der Diskussion als wichtig erachtet, dass der Einwohnerrat den Mechanismus versteht, wie die Vorgaben für die zukünftige Budgetierung jeweils errechnet werden, was die Konsequenzen dieser Vorgaben sind und weshalb die Übergangsregelung gemäss Art. 22 sinnvollerweise vorgeschlagen wurde. Den Stadtrat die entsprechend auch hier noch aufzuzeigen und zu erläutern. Die Kommission hat festgestellt, dass in der 2. Lesung des Bericht und Antrags verschiedene Anträge des Einwohnerrats nicht umgesetzt wurden und dass der Stadtrat dies im Bericht auch nicht begründet hat. Es handelt sich dabei um die folgenden Anträge. Zu Artikel 5 «Für positive und negative Abweichungen wird ein eigenes Konto geführt.» «In konjunkturell guten Zeiten sind Überschüsse in der Erfolgsrechnung und in der Selbstfinanzierung anzustreben, soweit sie zur Deckung von Defiziten in finanziell angespannten Zeiten erforderlich sind.» Zu Artikel 6. «Mindestens die Hälfte der Einnahmen aus Desinvestitionen müssen für den Schuldenabbau verwendet werden. Wenn dringend notwendige Sanierungen anstehen, kann der Stadtrat bis 80 % der Einnahmen dafür verwenden.» «... Einnahmen aus Baurechtsverträgen sollen zu mindestens 50 % für den Schuldenabbau verwendet werden.» Zu Artikel 15. «Die externe Revision ist durch eine interne Finanzkontrolle oder ein Finanzinspektorat zu ersetzen.» Sie haben dem Stadtrat



gegenüber die klare Erwartung geäußert, dass er im Bericht üblicherweise explizit erwähnen und begründen soll, wenn Anträge des Einwohnerrats nicht oder verändert übernommen werden. Da dies nicht erfolgt ist, hat die KFG den Stadtrat gebeten in seinen mündlichen Ausführungen aufzuzeigen, welche Anträge des Einwohnerrats nicht umgesetzt wurden und mit welcher Begründung. Für die Kommission war es soweit plausibel. Da es sich jedoch um einwohnerrätliche Anträge handelt, ist es wichtig, dass der Einwohnerrat dies ebenso zur Kenntnis nimmt und versteht. Die KFG hat sich im Rahmen der Diskussion auf verschiedene Anträge und Bemerkungsanträge geeinigt, welche sie im Reglement respektive in der Verordnung an entsprechender Stelle stellen und begründen wird. Aufgrund der Komplexität und der Tragweite des Geschäfts wurde ebenfalls noch ein Antrag Rückweisung des Geschäfts diskutiert, dies um noch mehr Zeit für die Behandlung zu gewinnen. Dies wurde aber mit einem Verhältnis von 8:1 ganz klar abgelehnt. Die KFG stellt sich somit deutlich hinter den vom Stadtrat ausgearbeiteten 2. Entwurf des Reglements und der Verordnung und empfiehlt dem Einwohnerrat ebenfalls im Verhältnis 8:1 dem Geschäft unter Miteinbezug der KFG Anträge zuzustimmen.

Zita Bucher bedankt sich im Namen der Grüne/glp-Fraktion für die geleistete Arbeit. Das Reglement scheint in der Umsetzung praktikabel zu sein und in die richtige Richtung zu gehen. Es werden grundsetzende Regelungen festgelegt und das Reglement lässt dem Stadtrat ausreichenden Handlungsspielraum und auch ein gewisses Mass an Dynamik zu. Die Grüne/glp-Fraktion stellt jedoch auch fest, dass die Finanzpolitische Steuerung immer wichtiger wird und das operative Controlling aufwändiger. Das zeigt sich in den Aufgaben, welche wahrgenommen werden müssen. Die Grüne/glp-Fraktion stellt sich deshalb die Frage, wie der zusätzliche Aufwand gestemmt werden kann. Kann dies eine Person leiten oder braucht es mehr Ressourcen? Ob diese Ressourcen für ein sauberes Controlling von den bürgerlichen Kollegen und Kolleginnen gesprochen wird, werde der Einwohnerrat sehen. Die Überarbeitung vom Reglement zeigt im Vergleich zur Version eins von der ersten Lesung massgebende Veränderungen im Text insbesondere auch die Regelung zur Schuldenbremse. Die Änderung und die daraus entstehenden Auswirkungen sollen verstanden werden. In den Übergangsbestimmungen wird sehr deutlich, dass eine Umsetzung vom Reglement ohne Ausnahmen nicht möglich ist. Was wären die Auswirkungen auf den Budgetprozess 2023 ohne Ausnahmeregelungen? Die Berechnung der Grünen/glp-Fraktion hat ergeben, dass wenn das Finanzhaushaltsreglement bereits in Kraft wäre, hätte der Einwohnerrat ein Budget abschliessen müssen, welches um rund 6.5 Millionen Franken besser ist als die erarbeitete Kompromisslösung. Dies entspricht 0.1 bis 0.2 Steuereinheiten. Es kann also keineswegs von einem verwässerten Gesetz die Rede sein. Der Grünen/glp-Fraktion ist es wichtig, dass dieser Fakt jeder und jedem bewusst ist. In Zukunft muss das Budget nach diesem Gesetz ausgerichtet werden. Mit der FDP Initiative für eine gesunde und nachhaltige Finanzpolitik in der Stadt Kriens wird exakt die Gleiche Thematik behandelt wie im Finanzhaushaltsreglement. Sowohl das vorliegende Reglement, wie auch die Verordnung nehmen die Anliegen der Initianten auf. Es macht deshalb aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion keinen Sinn, die beiden Geschäfte getrennt voneinander zu behandeln. Durch die getrennte Behandlung entstehen unnötige Aufwände, welche die bereits stark ausgelastete Behörde noch mehr belastet. Aus Ressourcengründen und im Sinne einer nachhaltigen Diskussion ist eine Behandlung von beiden Geschäften gleichzeitig angesagt. Zita Bucher hat noch eine Bemerkung zu einer gewissen Liegenschaft. Eine gewisse Liegenschaft wird namentlich erwähnt und das als Ausnahmeregelung für die Schuldenbremse. Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion ist das unverständlich. Es sei der falsche Ort um eine starre Regelung in Bezug auf nur ein Objekt zu setzen. Die Grüne/glp-Fraktion ist noch nicht ganz zufrieden mit dem Geschäft und wird deshalb noch einzelne Änderungsanträge stellen. Die Grüne/glp-Fraktion wird auch einen Rückweisungsantrag stellen um eine zeitgleiche Behandlung mit der FDP-Initiative zu ermöglichen. Ob die Fraktion dem Geschäft zustimmt, wird sich im Verlauf der heutigen Debatte zeigen.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion bei der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die Erstellung der neuen, überarbeiteten Version des Reglements, der Verordnung und des Bericht und Antrags. Es braucht ein Reglement für den Finanzhaushalt, davon ist die SVP-Fraktion überzeugt. Die vergangenen Jahre haben der Stadt zu viel Spielraum gelassen und Kriens in eine, leider nur von wenigen antizipierte, schiefe Finanzlage manövriert. Politisches Wissen genügt halt oft nicht, wenn

man sich auf finanztechnischen Abwegen befindet. Die SVP Kriens hat bereits früh mit einer Volksinitiative eine Ausgabenbremse gefordert. An dieser Haltung hat sich nichts geändert. Deshalb unterstütze die SVP die Einführung eines Finanzhaushaltsreglements absolut. Selbstverständlich wird es auch in Zukunft nicht nur positive Resultate und weiterhin extern bedingte Überraschungen geben. Finanzpolitische Regelungen erlauben jedoch mehr Kontinuität in der Anwendung von langfristig wirkenden Grundsätzen. Sie verhindern einen stimmungspolitisch geprägten Umgang mit den Finanzen, euphorische oder frustrierte Mehrheitsschnellschüsse, sondern folgen nachhaltig einem Pfad der einem helfen soll die Finanzen im Gleichgewicht zu halten. Jedoch - keine Angst, auch mit diesen Regeln werden weiterhin Diskussionen benötigt, wenn es um die konkreten Massnahmen geht. Auch zukünftig werden nicht automatisch Steuern verändert oder Kosten gespart, auch weiterhin werden veränderte Steuern vom Volk verabschiedet oder abgelehnt. Das Reglement setzt nicht auf starre Massnahmen und so werden natürlich auch zukünftig kontroverse Diskussionen über Steuern und Entlastungen stattfinden müssen. Der Stadtrat und der Einwohnerrat - auch in zukünftigen Besetzungen - erhalten aber so einen Rahmen, der ihnen Entscheidungen in Finanzgeschäften in kontinuierlicher Manier ermöglicht. Andere Städte und Gemeinden haben damit positive Erfahrungen gemacht und das wird auch Kriens gelingen, davon ist die SVP überzeugt. Kriens wird in einer Übergangsphase lernen mit diesem Reglement umzugehen. Darf aber nicht aufhören zu lernen und vorausschauend zu handeln, wenn Erkenntnisse gescheiter machen oder wenn Einflussfaktoren ändern. Insofern ist die Übergangsregelung aber auch die mögliche Einflussnahme durch den Einwohnerrat in der ersten Phase durchaus zweckführend. Die SVP weiss, dass ein Kompromiss wie er für das Budget 2023 erreicht wurde mit dem Reglement nicht genauso möglich gewesen wäre. Es ist aber auch davon auszugehen, dass Kriens mit einer Finanzpolitischen Kontinuität und einem früher eingeführten gleichartigen Reglement gar nicht die Voraussetzungen geschaffen hätten, welche einen derartigen Kompromiss nötig gemacht hätten. Wäre das Reglement also schon in Kraft, dann hätte Kriens wahrscheinlich auch nicht diese schiefe Finanzlage und ein Kompromiss zum Budget wäre nicht mal nötig gewesen. Alle Anträge der SVP Fraktion wurden bereits in der KFG sowohl in der ersten wie auch in der 2. Lesung diskutiert oder gestellt. Insofern folgt von der SVP kein weiterer Antrag. Die Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird aus aktueller Sicht die Anträge der KFG unterstützen und der Empfehlung zur Zustimmung folgen.

Gemäss Marco Meier ist die FDP-Fraktion erfreut über die Vorlage zum Finanzhaushaltsreglement. Sie bedanken sich bei der Stadtverwaltung für die Ausarbeitung vom Reglement und der Verordnung. Seit über zehn Jahren kämpft die FDP-Fraktion für einen gesunden und nachhaltigen Finanzhaushalt. 2011 mit einer Motion für eine Schuldenbremse, welche dann vom Einwohnerrat als Postulat überwiesen wurde und später ohne Umsetzung mit dem Budget 2016 abgeschrieben. Im Gleichen Budget 2016 wurde ein Aufwandüberschuss budgetiert, welches zu einer Unterbilanz führte. 2016 hat die FDP mit einer Motion die Einführung vom Finanzhaushaltsreglement gefordert. Auch das wurde von der Mehrheit vom Einwohnerrat abgelehnt. Es wurde als nicht nötig befunden. 2017 hat die Mehrheit vom damaligen Einwohnerrat die von der FDP lancierten Initiative «Stopp von der zusätzlichen Verschuldung» für ungültig erklärt. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass wenn Kriens in der Vergangenheit mit einem nachhaltigen finanziellen Fokus gehandelt hätte, wäre Kriens nicht da wo es jetzt ist. Vom Jahr 2022 auf das Jahr 2023 macht Kriens nun einen ersten Schritt vorwärts. Für die FDP-Fraktion ist dieses Reglement einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg kann Kriens zu gesunderen Finanzen führen. Die Regelungen werden sicherstellen, dass die objektive Beurteilung nicht zu stark von der subjektiven in den Schatten gestellt wird. Es wird sichergestellt, dass der Stadtrat im Einwohnerrat Reglements konforme Budgets und Finanzvorlagen vorlegen wird. Der FDP ist wichtig, dass der Stadt Kriens mit diesem Reglement Werte aufgesetzt werden, welche für alle klar, messbar und dadurch auch auswertbar sind. Dies erleichtert den Krienserinnen und Kriensern den Einblick in die Finanzen. Mit einem Blick auf die prognostizierten Zahlen für die nächsten Jahren vergeht die Euphorie jedoch bereits fast wieder. Trotz einem voraussichtlich gutem 2022 einem Kompromiss 2023 wird künftig wieder mit roten Zahlen und einer Steuererhöhung für das Jahr 2024 kalkuliert. Eine Kombination, welche die Krienserinnen und Krienser nicht gutheissen werden. Es gilt entsprechend weiterhin die Budgetdisziplin zu wahren. Die FDP setzt sich auch für ein klar definiertes Controlling ein. Wenn die Ziele nicht erreicht werden können, müssen frühzeitig Massnahmen ergriffen werden. Es sei

---

ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dementsprechend wird die FDP-Fraktion den KFG-Anträgen und auch dem Reglement zustimmen.

Bruno Purtschert dankt im Namen der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion den Verfassern von diesem Dokument. Es sei ein sehr umfassendes und kompliziertes Reglement. Das Reglement ist nicht einfach zu lesen und es werde noch schwieriger sein dieses umzusetzen, geschweige denn noch zu überwachen. Es sei schade, dass es so etwas Schwieriges überhaupt benötigt. Man könnte sich einfach freiwillig an die Grundsätze halten. Zudem gibt es im Kanton Luzern ein Finanzhaushaltsgesetz mit Richtlinien. Wenn man sich an diese Richtlinien hält, wäre Kriens heute nicht an diesem Punkt. Der Einwohnerrat wird noch über verschiedene Anträge diskutieren und das sei gut und auch richtig. Der schwierigste Punkt wird in Zukunft kommen, dass man sich auch an das Beschlossene hält. Wenn man das nicht macht, kann das Reglement gleich wieder in der Schublade versorgt werden. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion wehrt sich nicht gegen die Regulierung vom Finanzhaushalt der Stadt Kriens. Kriens braucht wahrscheinlich Regulierungen, Steuerungen und Einschränkungen. Zudem scheint es in anderen öffentlichen Haushalten mit solchen Reglementen gut zu funktionieren. Es soll über die Selbstfinanzierung und den maximalen Verlust gesteuert werden. Aus Sicht der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion sei dies sinnvoll und pragmatisch. So könne die Verschuldung nicht noch mehr ansteigen. Verschiedene weitere Massnahmen sollen helfen den Finanzhaushalt zu überwachen und zu steuern. Für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist dies ein gangbarer Weg und sie sind für Eintreten und werden die KFG-Anträge sowie auch das Reglement gutheissen.

Michael Portmann dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit am Finanzhaushaltsreglement, abgekürzt FHR. Es liegt ein umfassendes Werk vor, mit welchem der Stadtrat die Stadtfinanzen neu regeln will. Das ist notwendig, weil mit dem kantonalen Finanzhaushaltsgesetz für die Luzerner Gemeinden, abgekürzt FHGG, die rechtlichen Grundlagen verändert wurden. Mit dem FHR reagiert der Stadtrat nun und definiert die Rahmenbedingungen neu, damit die Stadtverwaltung weiterhin ihr Kerngeschäft wirkungsvoll verrichten kann. Es gilt weiterhin Leistungen zu erbringen, die dem Bedarf der Menschen in Kriens entsprechen. Aus Sicht der SP Fraktion sind folgende zwei Dinge unerlässlich. Die Wirkung der Ausgaben muss im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltung regelmässig überprüft werden. Deshalb wird die SP-Fraktion den Antrag der KFG zum Artikel 14 gerne unterstützen. Die SP Fraktion erwartet, dass der Stadtrat selbst entsprechende Anpassungen in der Verordnung vornimmt, zum Beispiel im operativen Controlling, dem Risikomanagement oder dem Integrierten Kontrollsystem (IKS). Es soll hier im Einwohnerrat sichtbar werden, wozu die Stadtverwaltung Kennzahlen, Risiken und Chancen formuliert und wie sie mit den Projekten im Budget zusammenhängen. Neben dem FHR wird auch eine dazu passende Verordnung formuliert. Dabei soll Wert daraufgelegt werden, dass die Verordnung anwenderfreundlich formuliert ist. Wichtige Definitionen und Prozesse sollen sorgfältig ausformuliert werden. Dass dies wichtig ist, zeigt der offenbar unbeabsichtigte Verstoß gegen die rechtlichen Grundlagen bei den Tarifen in den Tagesstrukturen. Entscheidend ist neben der korrekten Wiedergabe des FHGG, auch eine verständliche Umsetzung ins kommunale FHR. Zusammengefasst ist die Stadt Kriens mit dem FHR auf dem richtigen Weg. Weil ein solches Jahrhundertwerk eine seriöse Debatte braucht, ist die SP-Fraktion für Eintreten und werden Stand jetzt aber das FHR ablehnen. Was verhindert aktuell eine Zustimmung seitens der SP? Nach 1,5 Jahren Pause liegt fürs Kernstück des FHR, die Schuldenbremse, ein fundamental neuer Entwurf vor. Das ist für eine 2. Lesung sehr unüblich, weil es in den Anträgen aus dem Einwohnerrat keine Anzeichen dafür gab, dass dies erforderlich sei. Der Neu-Entwurf entspricht einer 1. Lesung statt einer 2. Lesung. Deshalb wird die SP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung des B+A nach erfolgter Debatte unterstützen. Die vorhin erwähnte Verordnung soll das bisherige Handbuch Finanzen ersetzen. Ziel sei eine höhere Verbindlichkeit für die Stadtverwaltung. Da müsse mehr vereinheitlicht werden. Zusatzaufwand entstehe dabei nicht. Für die SP-Fraktion ist das ein Widerspruch. Entweder ist die Verbindlichkeit aktuell zu tief und deshalb die Arbeit nicht so gut – oder dann ist die Arbeit bestens und die Verordnung unnötig. Und nebenbei bemerkt – bei beiden Fällen entsteht Zusatzaufwand für die Stadtverwaltung. Es sei schade, dass der Stadtrat versucht, dieses gute Projekt ohne passende Ressourcen umzusetzen. Der zweite Widerspruch wird beim künstli-

chen Nullsetzen der Erfolgsrechnung im Budget 2023 sichtbar. Damit sollen sofortige Steuererhöhungen verhindert werden. Das tönt gut, ist aber so falsch. Das Zahlenbeispiel auf Seite 5 im Bericht und Antrag mit den Zahlen aus dem AFP zeigt klar auf, dass es im Budget 2024 eine Steuererhöhung braucht. Ohne diese Steuererhöhung entspricht der Selbstfinanzierungsgrad nie 100 %. Schade, dass der Stadtrat hier versucht, die gemäss FHR bereits heute angezeigte Steuererhöhung zu verstecken. Stand heute könnten dank den Abschreibungen von 9 Millionen Franken pro Jahr von 2023 bis 2027 45 Millionen Franken in die Infrastruktur investiert werden. Das passt zum Investitionsbedarf beim Schulhaus Meiersmatt, den Naphtalin-Sanierungen, den Alterswohnungen Hofmatt, dem Schulraum allgemein, etc. Leider wird diese Chance verpasst. Zwischen 2023 und 2027 sind gemäss den aktuellen Zahlen im Bericht und Antrag insgesamt 14,8 Million Franken Defizit geplant. Das sind nochmals 3 Millionen Franken mehr als zwischen 2018 und 2022. Der Einwohnerrat kennt dieses Spiel vom Budget 2023. Wer auf Einnahmen verzichtet und trotzdem den Selbstfinanzierungsgrad halten will, gleicht die Defizite mit dem Geld aus den Abschreibungen aus und investiert dann weniger. Statt 45 Millionen Franken dann nur noch 30 Millionen Franken. Und damit ist der Investitionstau programmiert. Die SP-Fraktion hat zum Selbstfinanzierungsgrad einen weiteren Antrag vorbereitet, welcher in schriftlicher Form auf ihren Tischen sowie dem Präsidium vorliegt. Alle weiteren Details folgen in der Detailberatung.

#### Einzelsprecher

Raoul Niederberger hat viel gehört, dass Kriens besser stehen würde wenn man dieses Reglement schon länger hätte. Ob dies zutrifft und wie Kriens dastehen würde, hätte man ein Reglement früher gehabt, hätte man Steuererhöhung angenommen oder hätte man dieses und jenes gemacht, dass weiss niemand. Für Raoul Niederberger ist dies Kaffeesatz-lesen. Er findet es auch mühsam hier nochmal lang über die Vergangenheit zu diskutieren. Kriens soll aus den Fehlern lernen. Es haben bestimmt alle Fehler gemacht. Mit diesem Reglement zeigt der Stadtrat, dass er aus seinen Fehler gelernt hat und dass er bereit ist in die Zukunft zu schauen. Raoul Niederberger hat auch gehört, dass schon oft über die Einführung von solchen Finanzhaushaltsreglemente diskutiert wurde im Einwohnerrat. Es sei auch jetzt noch ein Thema, denn es ist noch eine Initiative hängig. Diese Initiative fordert plus minus das Gleiche wie das Reglement, welches heute beschlossen werden sollte. Raoul Niederberger würde gerne jetzt von den Initianten hören, ob es für sie nicht eine Möglichkeit wäre, die Initiative zurückzuziehen, wenn das Reglement heute genehmigt wird. Weil heute über ein Reglement abzustimmen und dieses in Kraft zu setzen, nur dass man dann in einem Jahr wieder über das Gleiche diskutieren kann, sei kein sinnvoller Weg. Dies sei ein administrativer Aufwand für nichts. Raoul Niederberger liegt deshalb dem Einwohnerrat nochmal ans Herz, nochmal darüber nachzudenken, dass man zusammen diskutieren kann, was auch zusammengehört. Raoul Niederberger versteht auch nicht, weshalb der Stadtrat dieses Geschäft jetzt gebracht hat, obwohl er es schon so lange zurückgestellt hat.

Gemäss Beda Lengwiler unterstützt die Junge Mitte grundsätzlich die Massnahmen der Gesundung der Krienser Stadtfinanzen. Als sie das Reglement gelesen haben, kamen jedoch einige Zweifel, ob Kriens mit dem Reglement auf dem richtigen Weg ist. Das Reglement und die Verordnung sind Papiertiger, welche viele Regelungen und Details enthalten. Es wird schwierig mit diesem Dickicht von Regelungen zurecht zu kommen. Der Jungen Mitte ist es wichtig, dass das Reglement für den Stadtrat und die Verwaltung klar und einfach anwendbar ist. Die sprachlichen Fehler haben ebenfalls Unbehagen ausgelöst. Es ist klar, dass es um den Inhalt geht, jedoch geben die Fehler das Gefühl, dass schluffig gearbeitet wurde und deshalb ist es schwieriger dem Reglementsentwurf zu vertrauen. Die Junge Mitte findet die Schuldenbremse keinen schönen Weg aus der Finanzlage von Kriens. Eine Schuldenbremse schränkt den Handlungsspielraum von Kriens stark ein. Die Junge Mitte ist der Meinung, dass die Stadt sorgfältig mit dem Steuerfranken umgehen soll und findet es richtig die Krienser Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Neben den Finanzen soll jedoch auch die Qualität der Leistung genügend gewichtet werden. Die Junge Mitte ist gespannt, was der Stadtrat mit der eingereichten Initiative der FDP macht, wenn das Reglement in Kraft tritt. Die Junge Mitte erwartet,

---

dass die FDP die Initiative zurückzieht. Beda Lengwiler weist noch darauf hin, dass die Festlegung der Schuldenbremse das Eine ist und die Umsetzung das Andere. Wenn es nicht gelingt die Schuldenbremse einzuhalten, wird nur eine Steuererhöhung den Ausweg sein. Trotz Bedenken wird die Junge Mitte die Einführung der Schuldenbremse unterstützen und dem Reglement zustimmen.

Roger Erni dankt für die Inputs im erneuten Eintreten. Selbstverständlich hat der Stadtrat damit gerechnet, dass auf die lange Wartezeit und die fundamentale Veränderung hingewiesen wird. Das sei auf der einen Seite gültig und auf der anderen Seite, spürt Roger Erni jedoch eine Mehrheit für das Finanzhaushaltsreglement. Roger Erni nimmt sehr gerne Stellung zu den Inputs und zeigt auch auf, wohin es nun geht. Weshalb wünscht sich der Stadtrat das Finanzhaushaltsreglement zu Weihnachten? Wenige haben erwähnt, dass der Auftrag seitens Planungsbericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» kommt. Dieser ist bereits seit drei Jahren latent. Für den Stadtrat ist ebenfalls wichtig, dass das 24-Seitige Handbuch «FHGG» wie ein Gesetz umgesetzt wird. Wenn einige also sagen, Kriens braucht die Verordnung und das Reglement nicht, ist dies aus Sicht vom Stadtrat falsch. Das FHGG vom Kanton gibt den Gemeinden vor, was sie zu tun haben und jede Gemeinde muss dies für sich umsetzen und dieses Handbuch ist mittlerweile 24-Seitig. Dieses Handbuch hat wichtige gesetzliche Grundlagen und Arbeitsanweisungen. Diese Vorgaben möchte der Stadtrat nun in einer Verordnung umsetzen. Der Einwohnerrat hat zurecht festgestellt, dass das Reglement aus Artikel fünf und sechs und den Übergangsartikel besteht. Diese Chance möchte der Stadtrat nun wahrnehmen und das Handbuch mit Reglement und Verordnung ab April oder Mai in Kraft setzen. Der Prozess der Verwaltung ist ziemlich langatmig. Roger Erni zeigt den Artikel fünf anhand seiner Präsentation. Der Stadtrat hat als mittelfristiger Ausgleich eine tragbare Verschuldung definiert. Zudem hat der Stadtrat gesagt, dass er das Eigenkapital im Sinne von diesem Punkt erhalten möchte. Dies sei die Steuerung und dahin möchte der Stadtrat. Im Budget möchte der Stadtrat das bringen, was mit den Zahlen vorne beziehungsweise hinten raus in der Rechnung der fünf Jahre eingehalten wird. Michael Portmann hat zurecht den Finanzplan auseinandergenommen. Jede Staatliche Institution hat dort ihre Probleme, denn im Finanzplan stehen unpriorisierte Wünsche von Investitionen im Wert von 48 Millionen Franken und diese werden in der direkten Demokratie aufgrund von den Möglichkeiten und neu auch aufgrund vom Finanzhaushaltsreglement priorisiert. Wenn die Investitionen auf 30 Millionen Franken gekürzt werden, soll jedoch nicht von einer Investitionsschuld von 18 Millionen Franken gesprochen werden. Roger Erni sagt ganz klar, dass Kriens mit diesem Reglement kein Franken Schulden mehr aufbauen wird. Dies weil der 100 % Selbstfinanzierungsgrad über fünf Jahre bedeutet, dass die Schuldenlast von der Stadt Kriens nichtmehr zunimmt und nichtmehr zunehmen darf. Wenn sich abzeichnen würde, dass Kriens im 2023 und 2024 schlechtere Resultate hätte und grössere Investitionen tätigt mit Nachtragskredit, würde der Selbstfinanzierungsgrad in diesem Jahr zusammenbrechen muss dieser über fünf Jahre betrachtet und allfällig nach vorne reagiert werden. Weil Kriens nicht mehr möchte, dass die Schulden von Kriens zunehmen. Im Jahr 2020 und 2021 hat Kriens 13 Millionen Franken Schulden abgebaut. Schuldenabbau betreiben bedeutet nicht, dass Kriens weniger Fremdfinanzierungsschulden hat, sondern dies sieht man, dass Kriens eine höhere Liquidität hat. Es darf nicht nur der Schuldenabbau im Fremdkapital betrachtet werden. Kriens hat aktuell eine sehr hohe Liquidität. Die Stadt Kriens hat vor wenigen Tagen von der Pilatus-Arena AG 5.9 Millionen Franken erhalten und dadurch hat Kriens eine Liquidität von 5.9 Millionen Franken mehr. David Schilling hat in diesen Tagen 10 Millionen Franken auf den Finanzmarkt geworfen und hat ein Angebot erhalten zu 1.2 %. Kriens erhält also nun Geld von jemandem, der die 10 Millionen Franken genommen hat. Die 13 Millionen Franken Schuldenabbau bedeuten 5 – 8% von den Gesamtschulden. Im 2022 wird Kriens einen Finanzierungsüberschuss im beinahe 2-stelligen Bereich. Kriens wird ca. 1 bis 3 Millionen Franken plus machen. Kriens bringt nicht alle Investitionen heraus und schreibt 10 Millionen Franken ab. Dies ergibt einen Finanzierungsüberschuss von 8 bis 10 Millionen Franken im Jahr 2023. Mit diesem kann die Stadt Kriens in den nächsten Tagen noch Schuldenabbau betreiben. Kriens hat in den letzten Jahren brutal viel gebaut und 100 Millionen Franken Schulden aufgebaut und der Stadtrat möchte in den nächsten Jahren 5 bis 10 Millionen Franken Schulden abbauen. Wenn das Bosmatt-Areal verkauft werden kann, wären es schon bis zu 30 Millionen Franken. Stand heute sei dies der Punkt, solange keine unerwarteten Sachen, wie Corona oder Krieg kommen. Das Eigenkapital wird Budgetmässig maximal 10 Millionen Franken abnehmen. Kriens hat ganz viele schöne Projekte vor sich und auch in den letzten Monaten und Jahren gab es eine grosse Entwicklung in Kriens. Die Einwohnerzahl entwickelt sich ebenfalls und der Stadtrat hat einige Ideen, welche er zusammen



mit dem Einwohnerrat umsetzen möchte. Roger Erni kann dem Einwohnerrat fast garantieren, dass wenn er in fünf Jahren dasteht, wird das Eigenkapital nicht mehr als 10 Millionen Franken abgenommen hat. Die vier Anträge von der KFG wird der Stadtrat alle annehmen. Dies wurde in der konstruktiven KFG-Sitzung beschlossen. Auf die Inputs der KFG tritt Roger Erni in der Detailberatung ein. Er werde dem Einwohnerrat gerne erläutern, warum die Sachen so umgesetzt wurden und was sich der Stadtrat dabei gedacht hat. Es stimmt nicht, dass die FDP-Initiative im Frühjahr 2023 kommt. Der Stadtrat hat seit November ein Jahr Zeit und Stand heute wird diese im vierten Quartal 2023 kommen. Der Stadtrat möchte nicht noch 10 Monate warten um das Reglement einzuführen.

## Detailberatung

### Seite 3 Art.1 Abs.1 - Antrag KFG

Martin Zellweger stellt den Antrag im Namen der KFG: Art.1 Abs.1 aus der Verordnung zum Reglement wird dem Art. 5 des Reglements als neuer Abs.3 ergänzt. Neuer Abs. 3: *«Die konkrete Steuerung und Berechnung des Durchschnitts über fünf Jahre der beiden Kennzahlen gemäss Art. 5 Abs. 2 des Finanzhaushaltreglements funktioniert wie folgt. Die Berechnung des Durchschnitts von fünf Jahren erfolgt über die drei letzten genehmigten Rechnungsjahre, das beschlossene Budget des laufenden Jahres und das festzusetzende Budget des nächsten Jahres.»* Die Wahl der richtigen und immer gleichen Rechnungs- und Planjahre als Grundlage für die Berechnung des 5-Jahres-Durchschnitts sei entscheidend für das gesamte Reglement. Es genügt nicht, dies erst in der Verordnung zu konkretisieren. Aus diesem Grund möchte die KFG dies im Reglement festhalten. Im Übrigen nimmt auch die Definition der Anwendung der Einführungsjahre. Bezug auf diese Details und macht nur Sinn, wenn Art. 5 entsprechend angepasst wird.

Raoul Niederberger hat eine Orientierungsfrage. Er möchte wissen, ob nun das Reglement oder den B+A im Detail behandelt werde. So wie er es verstand, sagte der Einwohnerratspräsident, dass nun der B+A behandelt wird und diese Anträge wären für das Reglement. Im B+A können nur Bemerkungsanträge gestellt werden.

Martin Zellweger dankt Raoul Niederberger für diesen Input. Er habe sich durch die vorgelegte Liste leiten lassen. Selbstverständlich habe er angenommen, dass zuerst das Reglement, dann die Verordnung und zum Schluss der B+A behandelt werde. Der Antrag hat er für das Reglement gestellt, jedoch habe er es nun gemacht, weil es in der Liste so steht.

Karin Schuhmacher Bürgi hat es so verstanden, dass die KFG aus der Verordnung einen Teil in das Reglement nehmen möchte und dies betrifft den Artikel fünf. Deshalb dachte sie, dass dies nun hier behandelt werde und danach der Antrag der Grünen/glp-Fraktion folgt.

Martin Zellweger denkt, dass der Antrag klar sei. Es geht nun mehr darum, dass der Einwohnerrat im Moment durch den B+A geht und ob es richtig ist die Anträge für das Reglement und die Verordnung beim Durchgehen vom B+A gestellt werden.

### Ordnungsantrag

Raoul Niederberger stellt einen Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch, damit diese Frage geklärt werden kann.

Räto Camenisch erklärt dem Einwohnerrat nun das beschlossene Vorgehen. Die Behandlung wird umgekehrt. Als erstes wird das Reglement Seitenweise behandelt, dann die Verordnung und zum Schluss der B+A. Somit wird nun das Reglement Seitenweise durchgegangen.

### Seite 3 Art. 1 Abs.1 – Antrag KFG

Art.1 Abs.1 aus der Verordnung zum Reglement wird dem Art.5 des Reglements als neuer Abs. 3 ergänzt:

*Neuer Abs. 3: «Die konkrete Steuerung und Berechnung des Durchschnitts über 5 Jahre der beiden Kennzahlen gemäss Art. 5 Abs. 2 des Finanzhaushaltreglements funktioniert wie folgt. Die Berechnung des Durchschnitts von fünf Jahren erfolgt über die drei letzten genehmigten Rechnungsjahre, das beschlossene Budget des laufenden Jahres und das festzusetzende Budget des nächsten Jahres.»*

Martin Zellweger hat den Antrag bereits vorher begründet und wird dies deshalb nicht nochmal wiederholen.

### Abstimmung über den Antrag KFG Seite 3 Art. 1 Abs. 1

Der Antrag wird mit 27:0 Stimmen einstimmig angenommen

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |
| Lengwiler Beda       | Ja |
| Lisibach Armin       | Ja |
| Meier Marco          | Ja |
| Meyer Pascal         | Ja |
| Niederberger Raoul   | Ja |
| Portmann Michael     | Ja |
| Purtschert Bruno     | Ja |
| Rüegg Beat           | Ja |
| Seeger Cedric        | Ja |
| Stofer Peter         | Ja |
| Tanner Beat          | Ja |
| Vonesch Andreas      | Ja |
| Zellweger Martin     | Ja |
| Ziemssen Jörg        | Ja |

### Seite 3 Art. 5 - Antrag Grüne/glp

Zita Bucher stellt im Namen der Grünen/glp-Fraktion den Antrag, den Selbstfinanzierungsgrad von 100 % auf 80 % zu senken. Die Begründung ist folgende: Der Selbstfinanzierungsgrad von 100 % im Durchschnitt von fünf Jahren empfindet die Grünen/glp-Fraktion als sehr ambitioniert und aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion ein Risiko in Bezug auf versteckte Schulden. Bei 100 % steigt die Gefahr für einen Investitionsstau und das mit versteckten Schulden in der Infrastruktur. Der Selbstfinanzierungsgrad müsste teilweise kompensiert werden. Die versteckten Schulden zeigen sich mittelfristig oder längerfristig und können daher dem

längerfristig angestrebten Schuldenabbau entgegenwirken. Beim Budgetprozess hat man zum Beispiel gesehen, dass man bei den Investitionen heruntergefahren ist, um den Selbstfinanzierungsgrad erträglich zu gestalten. Dies obwohl Kriens bereits jetzt unterfinanziert ist. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 80 % im Durchschnitt von fünf Jahren sieht die Grüne/glp-Fraktion eine realistischere und nachhaltigere Lösung für die Stadt Kriens.

Roger Erni hat bereits gesagt, dass der Stadtrat die Anträge der KFG annimmt und die restlichen Anträge ablehnen werde. Der Stadtrat steht zu seinem Reglement und sagt, dass dies so ohne Investitionsschulden einhaltbar ist. Es muss natürlich klar priorisiert werden. Diese 1'500'000.00 Franken, welche aufgrund vom Entscheid vom Einwohnerrat eingespart wurden, ist keine Investitionsschuld. 60 % dieses Investitionsrückgangs wird aufgefangen, indem ein Spielfeld nicht saniert wird, welches nicht saniert werden muss, weil dort eine Investitionsschuld anfällt, sondern weil der schweizerische Fussballverband neue Vorgaben gemacht hat. Nun könne Spiele der U16 nichtmehr auf diesem Feld stattfinden und das ist keine Investitionsschuld. Das sei für den Sportclub Kriens nicht schöne aber es werden dadurch keine Schulden aufgebaut.

Räto Camenisch liest den Antrag:

*Alte Formulierung: Das Budget ist so festzusetzen, dass im Durchschnitt von fünf Jahren a. der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 100 Prozent erreicht wird.*

*Neue Formulierung: Das Budget ist so festzusetzen, dass im Durchschnitt von fünf Jahren a. der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 80 Prozent erreicht wird.*

### **Abstimmung über den Antrag Grüne/glp Seite 3 Art. 5**

Der Antrag wird mit 16:11 Stimmen abgelehnt

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Nein |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Ja   |
| Niederberger Raoul   | Ja   |
| Portmann Michael     | Ja   |
| Purtschert Bruno     | Nein |
| Rüegg Beat           | Nein |
| Seger Cedric         | Ja   |
| Stofer Peter         | Ja   |
| Tanner Beat          | Nein |
| Vonesch Andreas      | Nein |
| Zellweger Martin     | Nein |
| Ziemssen Jörg        | Nein |



---

**Seite 3 Art. 5**

Roger Erni möchte noch Antwort auf die Bitte von der KFG geben. Der KFG Präsident hat den Stadtrat gebeten auf die Umsetzung der Anträge von der ersten Lesung Stellung zu nehmen. Der Stadtrat hatte kein Tool, welches dies verfolgt hat und es wurde in der KFG nicht besprochen. Der Einwohnerrat hat in der ersten Lesung beschlossen, dass bei positiven und negativen Abweichung der Rechnung gegenüber vom Budget ein eigenes Konto geführt wird. Der Stadtrat ist im B+A nicht darauf eingegangen, kann jedoch sagen, dass dies aufgrund vom Wechsel der Art der nachhaltigen Finanzierung, hat der Stadtrat das eigene Konto für Abweichungen nicht weiterverfolgt. Der weniger komplexe Mechanismus durch den Gebrauch einer Kennzahl braucht aus Sicht vom Stadtrat kein eigenes Konto, da die Kennzahl die Steuerung übernimmt. Die Entwicklung der Kennzahl ist auch jedes Jahr im Jahresbericht ersichtlich. Das zweite Thema zum gleichen Kontext ist nun im Reglement nicht ersichtlich, weil der Stadtrat dies in der ersten Lesung nicht vorgeschlagen hat und es auch in der zweiten Lesung nicht hereingekommen ist, obwohl der Einwohnerrat den Antrag in der ersten Lesung gemacht hat. Das hat damit zu tun, dass in konjunkturell guten Zeiten Überschüsse in Erfolgsrechnung und Selbstfinanzierung anzustreben sind, sowie sie zur Deckung von Defiziten in finanziell angespannten Zeiten erforderlich sind. Für den gewählten einfacheren Mechanismus der Steuerung, ist es für den Stadtrat nicht mehr in Frage gekommen, dass man die konjunkturelle Thematik in das Reglement einbezieht. Wenn das so wäre, hätte man während und nach Corona zwischen 2021 und 2022 über den Begriff konjunkturell gute Zeiten diskutieren müssen und was finanziell angespannt bedeutet. Die Lage von Kriens ist bereits seit Jahren finanziell angespannt. Die Konjunktur in der Schweiz ist gut, jedoch die finanzielle Schuldensituation in Kriens ist brutal angespannt. Deshalb hätte der Stadtrat bei der Erfolgsrechnung und der Selbstfinanzierung ein Konjunkturmekanismus einbauen müssen. Der Stadtrat wollte die nicht weiterverfolgen und hat das deshalb im Artikel 5 nicht berücksichtigt. Roger Erni wird beim Artikel 6 aufzeigen, was sich der Stadtrat dort überlegt hat.

**Art. 5 Abs. 1 – Antrag SP**

Michael Portmann stellt im Namen der SP Fraktion den Antrag, dass der Artikel 5, Absatz 1 ergänzt werden soll. Der Stadtrat will, dass die Schulden gleich bleiben oder abnehmen. Deshalb setzt er einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 100 % über fünf Jahre fest. Dies Massnahme sei notwendig, da die Nettoschuld ohne Spezialfinanzierung pro Einwohnerin bei über 6'500.00 Franken liegt. Die SP-Fraktion erwartet, dass damit diese Nettoschuld sinken wird, und akzeptieren deshalb auch den im Eintretensvotum aufgezeigten Investitionsstau. Gleichzeitig müssen dann ab einem gewissen Zeitpunkt wieder mehr Investitionen möglich werden, so dass die SP vorschlägt ab einer Nettoschuld von Fr. 4'000.00 den Selbstfinanzierungsgrad auf 80 % zu setzen. Der Artikel lautet dann wie folgt:  
Neu: *Das Budget ist so festzusetzen, dass im Durchschnitt von fünf Jahren:*

- a. *der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 100 Prozent erreicht wird, wenn die Nettoschuld pro Einwohner (ohne Spezialfinanzierung) über Fr. 4'000.00 liegt;*
- b. *der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 80 Prozent erreicht wird, wenn die Nettoschuld pro Einwohner (ohne Spezialfinanzierung) unter Fr. 4'000.00 liegt;*
- c. *das Ergebnis der Erfolgsrechnung ein maximales Defizit von 2 Prozent vom Ertrag ordentlicher Gemeindesteuern der natürlichen und juristischen Personen nicht übersteigt.*

Für Martin Zellweger kam dieser Antrag etwas zu kurzfristig. Entsprechend konnte dies beispielsweise auch nicht in der KFG diskutiert oder in der Fraktion vorbereitet werden. Es fehlt somit im Moment eine fachliche Diskussion und Vorbereitung dieses Vorschlags. Bis die Nettoschuld pro Einwohner mal auf dem vorgeschlagenen Niveau angekommen ist werden noch lange Jahre vergehen. Bis dahin könne diese Änderung sicher noch diskutiert und sinnvoll beschlossen werden.

Gemäss Beat Tanner handelt es sich um ein Reglement und das Parlament hat immer die Chance dieses anzupassen. Bis man auf Fr. 4'000.00 ist wird es noch einen Moment gehen. Die FDP sieht deshalb die Notwendigkeit nicht in diesem Reglement.

Roger Erni und der Stadtrat sieht es ähnlich wie Martin Zellweger und Beat Tanner, der Antrag kam ziemlich kurzfristig. Es sei eine Steuerungsgrundlage und es kann mit einer Motion verändert werden. Der Input der SP ist gültig und deshalb darf der Einwohnerrat darüber entscheiden. Der Stadtrat hat aufgrund der Kurzfristigkeit keine Entscheidung gefasst.

Räto Camenisch liest nochmal den Antrag:

*Das Budget ist so festzusetzen, dass im Durchschnitt von fünf Jahren:*

- a. *der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 100 Prozent erreicht wird, wenn die Nettoschuld pro Einwohner (ohne Spezialfinanzierung) über Fr. 4'000.- liegt;*
- b. *der Selbstfinanzierungsgrad mindestens 80 Prozent erreicht wird, wenn die Nettoschuld pro Einwohner (ohne Spezialfinanzierung) unter Fr. 4'000.- liegt;*
- c. *das Ergebnis der Erfolgsrechnung ein maximales Defizit von 2 Prozent vom Ertrag ordentlicher Gemeindesteuern der natürlichen und juristischen Personen nicht übersteigt.*

#### **Abstimmung über den Antrag der SP Seite 3 Art. 5 Abs. 2**

Der Antrag wird mit 15:12 Stimmen abgelehnt

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Ja   |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Ja   |
| Niederberger Raoul   | Ja   |
| Portmann Michael     | Ja   |
| Purtschert Bruno     | Nein |
| Rüegg Beat           | Nein |
| Seger Cedric         | Ja   |
| Stofer Peter         | Ja   |
| Tanner Beat          | Nein |
| Vonesch Andreas      | Nein |
| Zellweger Martin     | Nein |
| Ziemssen Jörg        | Nein |

#### **Seite 4 Art. 6**

Roger Erni weist auf den folgenden gestrichenen Artikel hin: «Mindestens die Hälfte der Einnahmen aus Desinvestitionen müssen für den Schuldenabbau verwendet werden.» Der Stadtrat hat sich entschieden, diesen Artikel und auch den alten Artikel aus der ersten Lesung zu streichen, weil mit der weniger härteren Ausgestaltung der Schuldenbremse beziehungsweise vom vorhin erklärten Mechanismus, hat der Stadtrat geurteilt, dass dieser Artikel nicht oder nichtmehr benötigt. Dazu kommt die Frage was dringende Investitionen sind. Roger Erni kann sich erinnern, dass nicht nur im Zuge von diesem Finanzhaushaltreglement im

April 2021, sondern auch einige andere male darüber debattiert wurde. In der Verordnung wird die Priorisierung von den Investitionen bereits gemacht und auch angezeigt. Über diese Priorisierung hat sich in der KFG herausgestellt, dass man die Position streichen kann oder eben nicht für das Jahr 2023 priorisieren. Der Stadtrat wird im 2023 einen Planungskredit bei den Immobiliendiensten freigeben, damit das Projekt vorbereitet werden kann um im Jahr 2024 oder 2025 umzusetzen. In der Zwischenzeit wurde insbesondere durch die Bodeninitiative, welche in wenigen Wochen diskutiert wird, das Portfolio der Desinvestitionsmöglichkeiten gekürzt. Zum Artikel 6 ist ersichtlich, dass der Stadtrat einen neuen Artikel 2 erfasst hat, welcher «Einnahmen aus Baurechtsverträgen» heisst. Es sollen mindestens 50 % Zweckgebunden für Investitionen verwendet werden. Der Einwohnerrat wollte, dass 50 % für den Schuldenabbau verwendet werden. Der Stadtrat hat glasklar gesagt, dass es dort einen Zusammenhang gibt. Aus Sicht vom Stadtrat ist dies eine Frage der Begrifflichkeit. Der Stadtrat findet dies eine bessere Begrifflichkeit, weil der indirekte Zusammenhang besteht. Der direkte zwischen Einnahmenerträge aus Baurecht und Schuldenabbau besteht nicht. Deshalb schlägt der Stadtrat den neuen Artikel 6 vor. Es handelt sich hier nicht um Millionen. Zum Beispiel erhält die Stadt Kriens für den Zunacher jährlich Fr. 150'000.00 Baurechtszins. Von diesen Fr. 150'000.00 würde der Stadtrat nun Fr. 75'000.00 in den Fonds einlegen. Wenn das sechs oder sieben Mal gemacht wird liegt dort eine halbe Million aus einem Baurechtsvertrag. Da könnte der Stadtrat in drei oder vier Jahren einige hunderttausend Franken investieren, wie aus dem Fonds für Mehrwertabgaben. Es wird schwierig Fr. 75'000.00 für den Schuldenabbau zu verwenden. Mit diesen Fr. 75'000.00 hat der Stadtrat mehr liquide Mittel. Schuldenabbau wird vor Allem betrieben, wenn ein Darlehen nach Ablauf nicht mehr verlängert wird.

#### Seite 5 Art. 14 – Antrag KFG

Gemäss Martin Zellweger möchte die KFG den Art. 14 des Reglements mit folgendem neuen Absatz ergänzen. *Neuer Abs. 2: Der Stadtrat führt für jeden Aufgabenbereich im Jahresbericht eine Wirkungsprüfung durch. Die Ergebnisse der Wirkungsprüfung werden im Jahresbericht formuliert.* Bereits in verschiedenen Voten und Vorstössen hat Kollege Michael Portmann auf die Wichtigkeit der Wirkungsüberprüfung von getroffenen Entscheiden im Zusammenhang mit der Führung insbesondere auch der finanziellen Führung hingewiesen. Tatsache ist, dass das Kantonale Finanzhaushaltsgesetz die Gemeinden auffordert den Haushalt nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und eben auch der Wirksamkeit zu führen. Er verzichtet aber auf weitere diesbezügliche Ausführungen. Insofern erachtet es die KFG als sinnvoll die Überprüfung der Wirkung von Entscheiden und Handlungen in der Berichterstattung anzuzeigen. Mit dieser Formulierung bekundigt die KFG ihren Willen, überlässt die Flughöhe und die Umsetzung dem Stadtrat.

#### Abstimmung über den Antrag KFG Seite 5 Art. 14

Der Antrag wird mit 27:0 Stimmen einstimmig angenommen

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |
| Lengwiler Beda       | Ja |
| Lisibach Armin       | Ja |
| Meier Marco          | Ja |
| Meyer Pascal         | Ja |

|                    |    |
|--------------------|----|
| Niederberger Raoul | Ja |
| Portmann Michael   | Ja |
| Purtschert Bruno   | Ja |
| Rüegg Beat         | Ja |
| Seger Cedric       | Ja |
| Stofer Peter       | Ja |
| Tanner Beat        | Ja |
| Vonesch Andreas    | Ja |
| Zellweger Martin   | Ja |
| Ziemssen Jörg      | Ja |

**Seite 5 Antrag Art. 15 – Antrag KFG**

Art. 15 Abs 1 des Reglements wird wie folgt geändert:

Bisher: *Die Aufgaben des strategischen Controllings werden der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung (KFG) übertragen.*

Neu: *Die Aufgaben des strategischen Controllings gemäss Absatz 2 und 3 werden der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung (KFG) übertragen. Das strategische Controlling einzelner Aufgabenbereiche kann vom Einwohnerrat auch weiteren Kommissionen übertragen werden.*

Gemäss Martin Zellweger umfassen die Aufgaben des strategischen Controllings gemäss § 18 des kantonalen FHHG Planung, Beschlussfassung, Kontrolle und Steuerung im politischen Führungskreislauf. Selbstverständlich beschränkt sich die an die Kommission delegierte Aufgabe lediglich auf die Vorberatung und Berichterstattung der im Absatz 2 und 3 genannten Geschäfte und nicht auf den gesamten Führungskreislauf. Insofern ist die erste Änderung eine Präzisierung. Die Möglichkeit zur Übertragung an weitere Kommissionen lebt Kriens bereits gemäss der Gemeindeordnung. Damit sollte dieses Reglement dies auch entsprechend wiedergeben.

**Abstimmung über den Antrag KFG Seite 5 Art. 15**

Der Antrag wird mit 27:0 Stimmen einstimmig angenommen

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |
| Lengwiler Beda       | Ja |
| Lisibach Armin       | Ja |
| Meier Marco          | Ja |
| Meyer Pascal         | Ja |
| Niederberger Raoul   | Ja |
| Portmann Michael     | Ja |
| Purtschert Bruno     | Ja |
| Rüegg Beat           | Ja |
| Seger Cedric         | Ja |
| Stofer Peter         | Ja |
| Tanner Beat          | Ja |

|                  |    |
|------------------|----|
| Vonesch Andreas  | Ja |
| Zellweger Martin | Ja |
| Ziemssen Jörg    | Ja |

Gemäss Roger Erni lag einen Antrag vom Einwohnerrat auf dem Tisch. «Die externe Revision ist durch eine interne Finanzkontrolle oder ein Finanzinspektorat zu ersetzen». Der Stadtrat hat dies überprüft. Auch bei der Evaluation vom neuen Anbieter BDO. Dies wurde dann jedoch vom Stadtrat verworfen. Das Finanzinspektorat Stadt Luzern hat bei der externen Revisionsofferierung nicht offeriert. Der Einwohnerrat hat entschieden, dass die BDO für die nächsten vier Jahre den Auftrag erhält. Die Stadt Kriens plant jedoch zusammen mit der Stadt Luzern ein Finanzinspektorat Einkauf von internen Revisionsdienstleistungen zu machen. Der Stadtrat denkt, dass mit der Internen und der Externen die Beste Wirkung in der Stadt Kriens erzielt werden kann. Es sei wichtig zu erwähnen, dass der Stadtrat in der ersten Sitzung gesagt hat, dass ein solcher Wechsel in der Gemeindeordnung verändert werden muss und nicht im Finanzhaushaltsreglement.

#### Seite 6 Art. 23 – Antrag Grüne/glp-Fraktion

Der Art. 23 (ehemals 25) wird ersatzlos gestrichen.

Gemäss Zita Bucher gehört für die Grüne/glp-Fraktion eine Ausnahmeregelung, die nur einen spezifischen Fall regelt, nicht in ein Reglement, das sei Wesensfremd. In ein Gesetz gehören Grundsatznormen. Ausnahmeregelungen sollten in einer Verordnung geregelt werden und nicht auf der Gesetzesebene.

Roger Erni opponiert dem Antrag im Namen vom Stadtrat. Der Artikel wurde sauberer ausformuliert, dass man nicht nur eines der beiden Grundstücke meint. Im Jahr 2014 wurde dem Volk versprochen, dass dies als Nettoertrag in die Zentrumüberbauung aufgerechnet wird. Man hat dem Volk auch versprochen, dass das Zentrum Fr. 37'000'000.00 Netto kostet und es hat weit über Fr. 60'000'000.00 Brutto gekostet. Bisher wurde nebst der Teiggi nur die Mühlirain verkauft und Bosmatt war darin auch explizit erwähnt. Der Einwohnerrat und das Volk kann diesen Entscheid vom Stadtrat natürlich noch rückgängig machen, der Stadtrat sei jedoch klar der Meinung, dass dies eine Schuld gegenüber vom Zentrum Pilatus ist. Der Stadtrat plädiert deshalb klar, dass dieser Artikel nicht gestrichen wird.

#### Abstimmung über den Antrag Grüne/glp-Fraktion Seite 6 Art. 23

Der Antrag wird mit 15:12 Stimmen abgelehnt

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Ja   |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |

|                    |      |
|--------------------|------|
| Meyer Pascal       | Ja   |
| Niederberger Raoul | Ja   |
| Portmann Michael   | Ja   |
| Purtschert Bruno   | Nein |
| Rüegg Beat         | Nein |
| Sege Cedric        | Ja   |
| Stofer Peter       | Ja   |
| Tanner Beat        | Nein |
| Vonesch Andreas    | Nein |
| Zellweger Martin   | Nein |
| Ziemssen Jörg      | Nein |

### Seite 6 Art. 23 – Antrag Grüne/glp-Fraktion

Alte Formulierung: Eine allfällige Desinvestition der Liegenschaft Bosmatt (Grundstück Nr. 81 + Nr. 4069) muss zu 100 Prozent für den Schuldenabbau verwendet werden.

Neue Formulierung:

1) Bei einer allfälligen Desinvestition der Liegenschaft Bosmatt (Grundstück Nr. 81 + Nr. 4069) ist der *Netto-Erlös\** für den Schuldenabbau zu verwenden.

2) Dasselbe Prinzip gilt für den Erlös durch die Veräusserung von anderen Liegenschaften.

*\*Gesamter Erlös abzüglich der zu erwartenden Reduktion beim Ressourcenausgleich.*

Bruno Amrhein begründet den Antrag im Namen der Grünen/glp-Fraktion. Diese Nachbesserung muss gemacht werden, damit sich Kriens nicht in das Eigene Fleisch schneidet. Es drohen sonst Verluste von mehreren Millionen in der Erfolgsrechnung wegen der Reduktion beim Ressourcenausgleich durch den Kanton. Veräusserungen von Liegenschaften sollen dem Abbau der Verschuldung dienen, dürfen aber nicht zu einer Verschlechterung in der Erfolgsrechnung führen.

Martin Zellweger spürt, dass ein Teil vom Einwohnerrat den Artikel 23 gerne vom Tisch hätte, da auch bereits versucht wurde den Artikel zu streichen. Roger Erni hat gesagt, dass es der Bevölkerung versprochen wurde. Jetzt daran herumzuschrauben findet Martin Zellweger falsch und deshalb soll der Artikel so belassen werden.

Gemäss Roger Erni lehnt der Stadtrat diesen Antrag ebenfalls ab und der Einwohnerrat entscheidet nun über diesen Antrag.

### Abstimmung über den Antrag Grüne/glp-Fraktion Seite 6 Art. 23

Der Antrag wird mit 15:12 Stimmen abgelehnt

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Ja   |

|                    |      |
|--------------------|------|
| Lisibach Armin     | Nein |
| Meier Marco        | Nein |
| Meyer Pascal       | Ja   |
| Niederberger Raoul | Ja   |
| Portmann Michael   | Ja   |
| Purtschert Bruno   | Nein |
| Rüegg Beat         | Nein |
| Seeger Cedric      | Ja   |
| Stofer Peter       | Ja   |
| Tanner Beat        | Nein |
| Vonesch Andreas    | Nein |
| Zellweger Martin   | Nein |
| Ziemssen Jörg      | Nein |

## Verordnung

Gemäss Karin Schuhmacher Bürgi liegt es in der Kompetenz vom Stadtrat Verordnungen zu erlassen, dies ist unter Anderem in Artikel 3 Absatz 1 der Organisationsverordnung der Stadt Kriens so geregelt. Die folgenden Anträge, welche nun behandelt werden sind Bemerkungsanträge. Gemäss Artikel 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates beinhalten diese kurze Feststellungen und Anregungen zum Beratungsgegenstand. Sie sind für den Stadtrat nicht verbindlich, werden aber dem Beschluss zum Erlass beigefügt. Sie dienen dann dem Stadtrat als Hinweise bei der weiteren Bearbeitung der Verordnung.

### Seite 7 Art. 12 – Bemerkungsantrag KFG

*Der Stadtrat definiert das Finanz- Personal- und Projektcontrolling im Rahmen des Artikels 12 der Verordnung.*

Gemäss Martin Zellweger resultierte aus der Diskussion in der KFG die Anforderung insbesondere auch das Projektcontrolling im Rahmen des operativen Controllings sicherzustellen. Das operative Controlling wird gemäss FHHG in der Kompetenz des Stadtrats umgesetzt womit diese Anforderung als Bemerkung formuliert ist.

Gemäss Roger Erni lehnt der Stadtrat den Bemerkungsantrag wie bereits erwähnt nicht ab.

### Abstimmung über den Bemerkungsantrag KFG Seite 7 Art. 12

Der Bemerkungsantrag wird mit 28:0 Stimmen einstimmig angenommen.

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |
| Lengwiler Beda       | Ja |
| Lisibach Armin       | Ja |



|                    |    |
|--------------------|----|
| Meier Marco        | Ja |
| Meyer Pascal       | Ja |
| Niederberger Raoul | Ja |
| Portmann Michael   | Ja |
| Purtschert Bruno   | Ja |
| Rüegg Beat         | Ja |
| Seger Cedric       | Ja |
| Solari Simon       | Ja |
| Stofer Peter       | Ja |
| Tanner Beat        | Ja |
| Vonesch Andreas    | Ja |
| Zellweger Martin   | Ja |
| Ziemssen Jörg      | Ja |

### Seite 10 Art. 28 – Bemerkungsantrag KFG

*Der Stadtrat überprüft und präzisiert Artikel 28. der Verordnung.*

Gemäss Martin Zellweger ist der Artikel 28 so formuliert, dass man ihn nur versteht, wenn man die Grundlagen dazu bereits kennt, nämlich, dass jede Ausgabe eine Rechtsgrundlage wie aufgeführt braucht. Eine Präzisierung der Formulierung, zum Beispiel durch einen einführenden Satz hilft dem Verständnis.

Michael Portmann möchte zu diesem Artikel ebenfalls noch schnell das Wort ergreifen. Der Artikel 28 stammt fast eins zu eins aus dem FHGG. Jedoch steht er nun in der Verordnung und dies ist das Buch, mit welchem nach Beschluss die ganze Stadtverwaltung arbeitet. Darin steht nur Gesetz, Gesetz und Reglement und es steht nichts von der Umsetzungsrichtlinien und anderen Sachen. Bei den Tagesstrukturтарifen hat man sehr deutlich gesehen, dass die kantonalen Richtlinien rechtlich binden sind für den Stadtrat und dass diese eingehalten werden müssen. Die Richtlinien gehörten also zu den rechtlichen Grundlagen. Michael Portmann möchte dem Stadtrat ans Herz legen, dass man in der Verordnung eine Formulierung findet, welche alle rechtliche Grundlagen vom Bund, Kanton und Gemeinde berücksichtigt. Sonst tritt Kriens wieder in die Falle und verstösst gegen geltendes Recht.

Roger Erni geht davon aus, dass die Stadtkanzlei gut zugehört hat, denn er muss dem Einwohnerrat klar sagen, dass dieser Entwurf dem Einwohnerrat bereits im April 2021 vorgelegt hat. Franz Bucher und Roger Erni haben dies zusammen ausformuliert. Einige Bemerkungsanträge wurden aufgenommen und angepasst. Die Stadtkanzlei hat den Entwurf noch nicht geprüft und deshalb ist es auch nur einen Entwurf. Roger Erni dankt der KFG fürs Mitdenken und die Inputs.

### Abstimmung über den Bemerkungsantrag KFG Seite 10 Art. 28

Der Bemerkungsantrag wird mit 28:0 Stimmen einstimmig angenommen

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |

|                    |    |
|--------------------|----|
| Koch Patrick       | Ja |
| Lengwiler Beda     | Ja |
| Lisibach Armin     | Ja |
| Meier Marco        | Ja |
| Meyer Pascal       | Ja |
| Niederberger Raoul | Ja |
| Portmann Michael   | Ja |
| Purtschert Bruno   | Ja |
| Rüegg Beat         | Ja |
| Seger Cedric       | Ja |
| Solari Simon       | Ja |
| Stofer Peter       | Ja |
| Tanner Beat        | Ja |
| Vonesch Andreas    | Ja |
| Zellweger Martin   | Ja |
| Ziemssen Jörg      | Ja |

**Seite 10 Art. 30 Abs. 2a – Bemerkungsantrag KFG**

*Der Stadtrat überprüft Art.30 Abs.2a und macht wenn nötig Anpassungen.*

Gemäss Martin Zellweger wurde die Frage diskutiert, ob der Stadtrat tatsächlich die Ausgabebefugnis von 3 % des Steuerbetrags auf die Departementsleitung überträgt. Gemäss Gemeindeordnung liegt diese Kompetenz für freibestimbare Ausgaben in der Erfolgsrechnung bei maximal 3 % des Steuerertrages beim Stadtrat. Die KFG geht davon aus, dass damit der Gesamtstadtrat gemeint ist. Eine Delegation dieser Kompetenz an die einzelne Departementsleitung schien der Kommission nicht plausibel und widersprüchlich zur Gemeindeordnung. Mit dem Bemerkungsantrag fordert die KFG den Stadtrat auf die Formulierung zu überprüfen und anzupassen.

**Abstimmung über den Bemerkungsantrag KFG Seite 10 Art. 30 Abs. 2a**

Der Bemerkungsantrag wird mit 28:0 Stimmen einstimmig angenommen

|                      |    |
|----------------------|----|
| Akermann Michèle     | Ja |
| Albrecht Michèle     | Ja |
| Amrhein Bruno        | Ja |
| Bienz Viktor         | Ja |
| Bucher Zita          | Ja |
| Durrer Ivo           | Ja |
| Erni Matthias        | Ja |
| Felber Reto          | Ja |
| Fluder Hans          | Ja |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja |
| Gut Kathrin          | Ja |
| Kobi Tomas           | Ja |
| Koch Patrick         | Ja |
| Lengwiler Beda       | Ja |
| Lisibach Armin       | Ja |
| Meier Marco          | Ja |
| Meyer Pascal         | Ja |
| Niederberger Raoul   | Ja |
| Portmann Michael     | Ja |
| Purtschert Bruno     | Ja |
| Rüegg Beat           | Ja |

|                  |    |
|------------------|----|
| Sege Cedric      | Ja |
| Solari Simon     | Ja |
| Stofer Peter     | Ja |
| Tanner Beat      | Ja |
| Vonesch Andreas  | Ja |
| Zellweger Martin | Ja |
| Ziemssen Jörg    | Ja |

## Bericht und Antrag

### Seite 8

Michael Portmann möchte gerne etwas zur Würdigung vom Stadtrat sagen. Er war in einem anderen Zusammenhang in der Geschäftsordnung vom Einwohnerrat gelandet beim Art. 52 Abs. 4. Martin Zellweger zitiert diesen: «Im B+A begründet der Stadtrat seine Beschlussesentwürfe und Genehmigungsanträge. Er weist dabei namentlich auf folgende Konsequenzen hin. Personelle folgen, finanzielle Auswirkungen und Übereinstimmung mit Aufgaben- und Finanzplanung. Von den Konsequenzen von Personal und Aufwand liest Michael Portmann kein Wort. Somit fehlt etwas, was in der Geschäftsordnung klar gefordert wird. Die Beurteilung, ob es sinnvoll ist das Finanzhaushaltsreglement so einzuführen, kann somit nicht abschliessend vollzogen werden. Der Einwohnerrat muss wissen, welchen Aufwand damit erzeugt wird. Michael Portmann findet es etwas fahrlässig, wenn man für die Umsetzung von komplett neuen Rahmenbedingungen in den Stadtfinanzen nicht wenigstens ein Satz notiert, welcher beschreibt wie das Projekt umgesetzt werden soll. Die Verordnung muss ja auch noch weiterverarbeitet werden. Michael Portmann würde deshalb gerne wissen, wie es um den Aufwand steht und weshalb die entsprechende Formulierung fehlt.

### Seite 9 – Rückweisungsantrag Grüne/glp-Fraktion

Raoul Niederberger stellt wie bereits angekündigt einen Rückweisungsantrag. Die Grüne/glp-Fraktion ist der Meinung, dass es nicht sinnvoll und zweckgerichtet ist das Reglement jetzt einfach zu beschliessen, wenn gleichzeitig noch die Initiative der FDP im Raum steht und ähnliches fordert, wie das Reglement, welches erlassen werden soll. Die Grüne/glp-Fraktion stellt den Antrag auch am Schluss und nicht am Anfang, dass diese Debatte geführt werden konnte und der Stadtrat nun gehört hat was sich der Einwohnerrat wünscht. Die Grüne/glp-Fraktion, dass es keine übereilte Behandlung braucht. Der Einwohnerrat ist nicht das Christkind, welches hier ist um Geschenke zu verteilen. Der Einwohnerrat hat einen klaren Auftrag und sollte deshalb genau hinschauen. Michael Portmann hat ebenfalls noch erwähnt, dass die personellen Ressourcen und die finanziellen Auswirkungen im B+A nicht aufgezeigt werden. Der Einwohnerrat hat dem Stadtrat auch noch einige Zusatzaufgaben gegeben, wie zum Beispiel die Wirkungsprüfung in der Rechnung. Ebenfalls muss die Verordnung ohnehin nochmals angepasst werden und dies wäre eine Gelegenheit die Verordnung im Hinblick auf eine gemeinsame Behandlung mit der Initiative der FDP die Verordnung anzupassen. Es würde dem Stadtrat auch die Möglichkeit eröffnen, die Änderungen den Initianten als Gegenvorschlag zu präsentieren. So muss die Initiative am Schluss nicht einfach abgelehnt oder angenommen werden. So müsste dies auch nicht in die Gemeindeordnung geschrieben werden. Raoul Niederberger ist der Meinung, dass dies nicht in eine Gemeindeordnung gehört. Deshalb bittet Raoul Niederberger die FDP nochmal dazu Stellung zu nehmen. Das Reglement könnte verabschiedet werden, wenn die Initiative der FDP zurückgezogen wird, aber es macht keinen Sinn das Geschäft nun zu verabschieden und in drei-viertel Jahren wieder über das Gleiche zu diskutieren. Es sind drei Mitglieder vom Initiativkomitee hier und deshalb möchte Raoul Niederberger wissen, wie man zu dieser Initiative steht.

Marin Zellweger möchte als KFG-Präsident anmerken, dass er eine nicht korrekte Aussage gemacht hat beim Votum der KFG. Es ist nicht so, dass der Antrag in der KFG 8:1 abgelehnt wurde. Dieser Antrag wurde zurückgezogen und man hat nicht darüber abgestimmt.

Roger Erni hat in der KFG zu den Auswirkungen bereits Stellung genommen. Es werden keine direkten mehrpersonalfolgen und finanzielle Auswirkungen mit diesem Reglement ausgelöst. Das Handbuch dient der Unterstützung der gesamten Stadtverwaltung. So kann die Verwaltung strukturierter arbeiten und das machen, was gesetzlich vorgegeben ist. Roger Erni nennt zwei Beispiele. Das erste Beispiel ist im Qualitätsmanagement zu suchen. Das FHGG verlangt bereits seit vier Jahren ein Qualitätsmanagement von der Stadt Kriens und allen anderen Verwaltungen. Kriens wird in den folgenden Tagen eine Stelle ausschreiben, welche durch den Abgang vom Stadtweibel geschaffen werden konnte. Zudem kann die Stadtverwaltung gemäss Finanzplan im Jahr 100 – 200 % wachsen. Der Stadtrat hat dann um diese Stellen gekämpft und priorisiert. Das Finanzdepartement erhält nun eine 60 % Stelle für eine Qualitätsmanagerin oder einen Qualitätsmanager. Diese wird sich ähnlich wie die ICT-Managerin drei Tage in der Woche um das QM kümmern. Wenn das QM im Departement niedergeschrieben wird, werden die anderen Departemente dagegen kämpfen. Bisher war es ein unstrukturiertes Qualitätsmanagement und diese neue Position dient dazu, dass dies auf strukturiertem Weg läuft. Es ist korrekt, dass der Einwohnerrat nun im Artikel 14 aufgenommen hat, dass sich der Stadtrat noch mehr um die Wirkungskontrolle kümmern wird, jedoch ist diese ebenfalls ohne direkte Auswirkungen. Die Abteilungsleitenden werden einfach neue Vorschriften erhalten und dadurch einen Mehraufwand von vielleicht 3 – 4 % haben. So kann die Wirkung gegenüber vom Parlament und der Bevölkerung explizit gezeigt werden. Jeder Abteilungsleiter hat die Antworten implizit bereit, jedoch müssen diese nun auf den Tisch. Der Hauptartikel hat ebenfalls null finanzielle Folgen. Roger Erni bittet den Einwohnerrat dem Rückweisungsantrag nicht statt zu geben.

#### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag Grüne/glp-Fraktion**

Der Rückweisungsantrag wird mit 16:12 Stimmen abgelehnt.

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Nein |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Ja   |
| Niederberger Raoul   | Ja   |
| Portmann Michael     | Ja   |
| Purtschert Bruno     | Nein |
| Rüegg Beat           | Nein |
| Seger Cedric         | Ja   |
| Solari Simon         | Ja   |
| Stofer Peter         | Ja   |
| Tanner Beat          | Nein |
| Vonesch Andreas      | Nein |
| Zellweger Martin     | Nein |
| Ziemssen Jörg        | Nein |

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussestext** vor:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 026/2021 des Stadtrates Kriens vom 2. November 2022 und gestützt auf § 28 Abs. 1 lit. A der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Erlass Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Kriens beschliesst:

1. Das Reglement über den Finanzhaushalt wird, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, festgesetzt.
2. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Folgende Bemerkungen zur Verordnung zum Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Kriens wurden überwiesen:
  - Der Stadtrat definiert das Finanz-, Personal- und Projektcontrolling im Rahmen des Artikels 12 der Verordnung.
  - Der Stadtrat überprüft und präzisiert Art. 28 der Verordnung.
  - Der Stadtrat überprüft Art. 30 Abs. 2a und macht wenn nötig Anpassungen.
4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

#### **Abstimmung über den Beschlusstext vom Bericht und Antrag Nr. 026/2021**

Der Beschlusstext wird mit 26:0 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

|                      |            |
|----------------------|------------|
| Akermann Michèle     | Ja         |
| Albrecht Michèle     | Ja         |
| Amrhein Bruno        | Enthaltung |
| Bienz Viktor         | Ja         |
| Bucher Zita          | Ja         |
| Durrer Ivo           | Ja         |
| Erni Matthias        | Ja         |
| Felber Reto          | Ja         |
| Fluder Hans          | Ja         |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja         |
| Gut Kathrin          | Ja         |
| Kobi Tomas           | Ja         |
| Koch Patrick         | Ja         |
| Lengwiler Beda       | Ja         |
| Lisibach Armin       | Ja         |
| Meier Marco          | Ja         |
| Meyer Pascal         | Ja         |
| Niederberger Raoul   | Ja         |
| Portmann Michael     | Ja         |
| Purtschert Bruno     | Ja         |
| Rüegg Beat           | Ja         |
| Seger Cedric         | Ja         |
| Solari Simon         | Enthaltung |
| Stofer Peter         | Ja         |
| Tanner Beat          | Ja         |
| Vonesch Andreas      | Ja         |
| Zellweger Martin     | Ja         |
| Ziemssen Jörg        | Ja         |

#### **5. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt!» Gegenvorschlag, 1. Lesung**

Räto Camenisch erklärt, dass gemäss Art. 52 Abs. 2 «B+A, die neue Ordnungen oder Reglemente in der Kompetenz des Einwohnerrates vorsehen oder solche verändern, in zwei Lesungen beraten, ebenso B+A

zu Zonenplänen. Der Einwohnerrat kann den Beschluss in einer einzigen Lesung vornehmen, wenn 2/3 der anwesenden Mitglieder zustimmen.». Der vorliegende Beschluss sieht eine Änderung des Strassenreglements der Stadt Kriens (Nr. 6201) vor. Deshalb benötigt das Geschäft im Grundsatz 2. Lesungen.

Maurus Frey beantragt den Erlass von diesem Reglement in einer Lesung. Die letzten Änderungen im Strassenreglement wurden auch in einer Lesung angenommen und es geht nur um eine marginale Änderung. Der Einwohnerrat wird im Rahmen vom Verkehrsrichtplan weiterhin die Gelegenheit haben auf die einzelnen Auslegungen von diesen Artikeln und Qualitätsanforderungen einzugehen.

Karin Schuhmacher Bürgi erklärt den weiteren Ablauf. Bei Initiativen gibt es verschiedene Möglichkeiten zum Ablauf. Es gibt die Eventualitäten, dass die Initiative abgelehnt oder angenommen wird. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung der Initiative und die Annahme vom Gegenvorschlag. Der Gegenvorschlag unterliegt dem obligatorischen Referendum. Bei einem obligatorischen Referendum gibt es keine Fristen. Wenn die Initiative in einer Lesung beraten wird, sieht der weitere Ablauf für 2023 wie folgt aus. Die Initiative könnte dann bis zur Publikation der Anordnung der Abstimmung zurückgezogen werden. Die Abstimmung wäre voraussichtlich am 18. Juni 2023. Die Anordnung muss spätestens bis am 8. Mai 2023 publiziert werden. Wenn die Initiative in zwei Lesungen beraten wird, wäre die zweite Lesung voraussichtlich am 9. März 2023 und die Initiative könnte ebenfalls vor der Publikation der Anordnung zurückgezogen werden. Wenn der Einwohnerrat entgegen dem Antrag vom Stadtrat die Initiative annimmt, geht das Geschäft in den Einwohnerrat. Ein Rückzug der Initiative wäre somit nichtmehr möglich und der Stadtrat wird einen neuen B+A erarbeiten, weil es keinen Gegenvorschlag gibt. Wenn die Initiative zurückgezogen wird, gäbe es auch keine Doppelabstimmung mehr, denn es kommt nur der Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Martin Zellweger empfindet das als sehr kompliziert und verwundert sich, dass dies nicht in einer Kommission besprochen wurde. Die spricht also für eine zweite Lesung, damit man sich mit diesem Thema auseinandersetzen kann.

Matthias Erni schliesst sich dem Votum von Martin Zellweger an und würde das gerne in die Kommission nehmen für die Detailberatung.

### **Abstimmung über Antrag Stadtrat – Behandlung in einer Lesung**

Der Antrag wird mit 15:13 Stimmen abgelehnt.

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Ja   |
| Amrhein Bruno        | Nein |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Nein |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Ja   |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Nein |
| Niederberger Raoul   | Ja   |

|                  |      |
|------------------|------|
| Portmann Michael | Ja   |
| Purtschert Bruno | Ja   |
| Rüegg Beat       | Nein |
| Seeger Cedric    | Ja   |
| Solari Simon     | Ja   |
| Stofer Peter     | Ja   |
| Tanner Beat      | Nein |
| Vonesch Andreas  | Ja   |
| Zellweger Martin | Nein |
| Ziemssen Jörg    | Nein |

Matthias Erni bedankt sich im Namen der KBVU beim Stadtrat und allen beteiligten für die Erarbeitung von diesem B+A und vom Gegenvorschlag. Die Initiative wurde in drei Gemeinden mit dem praktisch identischen Wortlaut eingereicht. Die Tatsache zeigt bereits, dass es für die Gemeinden eine Herausforderung ist ein Gemeindeübergreifendes Velonetz zu realisieren. Von dieser Initiative sind alle betroffen. Automobilisten, Fussgänger, ÖV sowie auch Velofahrer. Sofern wurde der B+A in der Kommission sehr kontrovers diskutiert. Den Grünen geht der Gegenvorschlag zu wenig weit und die Bürgerlichen befürchten, dass wichtige Strassensanierungsmassnahmen dann zu kurz kommen, weil die Finanzen fehlen. So folgten in der Detailberatung innerhalb der Kommission sieben Anträge und es flossen noch weitere nach der Kommissionssitzung ein. Die FDP hat beispielsweise einen Antrag zu Anpassung der 3-V Strategie gestellt, die SVP zur Verhinderung vom Umbau der Schachen-Amlehnstrasse. Die SP hat diverse Anträge zur Verschärfung vom Beschlusstext gestellt und die Grüne/glp-Fraktion zu Verkürzung der Planungs- und Umsetzungsfrist und auch für hochwertigere Qualität gemäss den Standards vom ASTRA. Die Anträge der FDP und der SVP haben eine Mehrheit gefunden. Die Anträge, welche erst diese Woche eingereicht wurden, konnte die KBVU leider nicht behandeln. In der Kommission zeichnete sich eine unheilige Allianz ab. Eine Mehrheit von SVP, Grünen und SP ist mit dem Gegenvorschlag nicht einverstanden und die KBVU lehnt den B+A somit ab, wie auch den Gegenvorschlag.

Gemäss Peter Stofer fordert Pro Velo ein direktes, sicheres, attraktives und zusammenhängendes Velohaupttroutennetz. Dies wäre für Peter Stofer eine Selbstverständlichkeit. Da es dies nicht ist, hat pro Velo in drei Gemeinden eine Gemeindeinitiative eingereicht. Der Stadtrat empfiehlt den Gegenvorschlag und schlägt einen Artikel im Strassenreglement vor. Die Grüne/glp-Fraktion wird auf diesen B+A eintreten, damit über den Vorschlag vom Stadtrat diskutiert werden kann. Im Kern sei die Grüne/glp-Fraktion mit dem Vorschlag vom Stadtrat einverstanden, jedoch müssen nochmal über die Umsetzungsfristen diskutiert werden. Jeden Tag Pendeln bis zu 4'500 Velos nach Luzern und wieder zurück. Das Krienser Verkehrssystem ist bereit heute am Anschlag. Mit einem attraktiven Velowegnetz könnten diese Zahlen deutlich gesteigert werden. Der Langsamverkehr muss mit dem ÖV das Verkehrswachstum stemmen, ansonsten sei Kriens in einigen Jahren nichtmehr für alle Verkehrsteilnehmer erreichbar. Jedes Velo auf dem Veloweg bedeutet ein Auto weniger, welches die Luzernerstrasse verstopft. Die heutige Krienser Veloinfrastruktur sei ein Flickwerk und deshalb auch gefährlich. Seit 2011 wurden auf Stadtgebiet über 150 Verkehrsunfälle mit Velobeteiligung registriert. Ein Zeitgemässes Veloverkehrssystem würde das Unfallrisiko deutlich senken. Die Stadt Kriens ist dringend auf ein Veloverkehrsgesetz angewiesen und einen weiteren Aufschub sei nicht vertretbar. Die Grüne/glp-Fraktion ist gespannt auf die Diskussionsrunde und wird dann von Fall zu Fall entscheiden.

Patrick Koch erlaubt sich aus aktuellem Anlass dem Einwohnerrat die Frage zu stellen, warum er glücklich über die Wahl einer Politikerin aus dem Kanton Jura in die Landesregierung ist. Nein, nicht weil es sich um ein SP-Frau handelt. Im ganzen Kanton Jura steht keine einzige Lichtsignalanlage. Das letzte Rotlicht wurde bereits im Jahr 2000 in Delsberg entfernt. Die Einheimischen feiern das Fehlen von LSA als Lebensqualität und freuen sich darüber, dass unzählige Kreisel den Verkehrsfluss garantieren. Es läuft rund im Kanton Jura. Patrick Koch verlässt jedoch nun das Thema Kreiselverkehr. Heute steht das Thema Verkehr



wieder im Fokus. Der Inhalt der heutigen Verkehrstraktanden führt bei Patrick Koch zu heftigen Kopfschmerzen. Im Kern geht es beim Traktandum der Gemeindeinitiative, sowie dem Gegenvorschlag wie im Vorstoss Stofer vor allem um die Schachen- Amlehnstrasse. Aus diesem Grund wird die SVP in ihrem Votum gleich auf beide Traktanden eingehen. «1. Fränkler-Barriere»; «Fahrtenmodell im Schlund»; «Strassenprojekt Schachen-Amlehnstrasse»; «Parkplatzreglement». Die SVP-Fraktion hat in den letzten Jahren die Führungsrolle in der Krienser Verkehrspolitik übernommen. Sie hat dabei sämtliche Volksabstimmungen zu ihren Gunsten entschieden. Neustes Beispiel, der Volksentscheid am 13. Februar 2022 über die «Testplanung auf der K4 im Stadtzentrum». Das wuchtige «Nein» an der Urne bei einer Rekordstimmeteiligung hätte den Stadtrat wecken und ein Umdenken in der Verkehrspolitik bewirken müssen. Die Bürger haben die Nase voll von der links-grün ideologisch gefärbten Krienser Verkehrspolitik. Stadt- und Einwohnerrat politisieren ständig am Volk vorbei. Die Argumente und Ideen der SVP werden einfach in den Wind geschlagen. Mit diesem Schicksal werde sich Patrick Koch auch heute wieder abfinden müssen. Es ist eigentlich schade, denn das Kredo heisst klar «Mit- und nicht gegeneinander». Die SVP habe sich gerade bei der Tempo-30 Diskussion stets zu Kompromissen bereit erklärt. Dabei halte die SVP immer den gesunden Menschenverstand vor Augen. Weiter hat sich deutlich gezeigt, dass in Kriens endlich gespart werden soll unter Verzicht auf unnötige Vorlagen und Massnahmen. Die SVP Kriens wird weiterkämpfen, wenn nötig auch wieder alleine gegen alle und per Referendum dem Krienser Volk Gelegenheit geben, sich zu unangemessenen und teuren Lösungen zu äussern. Der vorliegende Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative «Krienser Velonetz jetzt!» ist eine Mogelpackung. Gleiches Vorgehen wurde schon im Jahr 2013 gewählt. Damals reichten die Jungen Grünen eine Initiative ein, damit die Schachen- Amlehnstrasse für den motorisierten Verkehr unattraktiv wird. Es war die Rede von Tempo 20, Tempo 30 oder einer Unterbrechung des Strassenzuges. Der Stadtrat hat damals einen Gegenvorschlag gemacht, der aber die Initiative im Kern nicht wesentlich entschärft hat. Dem Volk ist halt ein Gegenvorschlag eher schmackhaft zu machen. Gleiches Vorgehen wird jetzt mit dem vorliegenden B+A gewählt. Es wird ein Gegenvorschlag vorgelegt, der sich im Wesentlichen nur in Bezug auf die Fristen von der Initiative unterscheidet. Die vorliegende Initiative wurde von 723 Bürgern aus dem links-grünen Lager unterschrieben. Was ist das gegen 1'407 Krienser Bürger, die das Referendum gegen das Strassenprojekt Schachen-/Amlehnstrasse mit Tempo 30 unterschrieben haben? Die Meinung hat im Volk nicht gekehrt. Wenn schon weiter zu Gunsten der SVP. Was macht der Stadtrat. Auf Biegen und Brechen will er mit dem vorliegenden Gegenvorschlag Tempo 30 auf der Schachen- /Amlehnstrasse durchstieren und versteckt sich dabei hinter übergeordnetem Recht und Gutachten, Studien und Testplanungen, welche von irgendwelchen grünen, nebulösen Verkehrsstrategen ausgeheckt werden. Doch halt. Ein Unterschied gibt es zum Gegenvorschlag zur Initiative der Jungen Grünen. Diesmal wurde gleich noch Textpassagen von der Homepage und dem Parteiprogramm der Grünen in den Gegenvorschlag übernommen. Und das in einer Stadt, wo eigentlich die Bürgerlichen eine Mehrheit haben. Das steht völlig quer in der Landschaft. Zumal der bürgerlich dominierte Kantonsrat sich kürzlich in einem Antrag klar und deutlich gegen Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen ausgesprochen hat. Aus der Optik von Patrick Koch als Verkehrsallrounder halte er zum vorliegenden B+A folgendes fest: Die Velorouten gemäss Zielbild auf Seite 9 im B+A machen sicher Sinn. Sie sind jedoch bereits mehrheitlich umgesetzt. Eine Lücke bei den bestehenden Velorouten besteht vor allem zwischen dem Bell-Areal und dem Renggloch. Im Zusammenhang mit dem Rengglochprojekt und der Sanierung der Kantonsstrasse im Oberdorf und Obernau muss diese Lücke zwingend geschlossen werden. Dies muss prioritär angepackt werden. Die wichtige Funktion der Schachen-/Amlehnstrasse als Entlastungsstrasse für die Kantonsstrasse ist unbestritten. Als Velofahrer fühle sich Patrick Koch auf diesem Strassenzug sicher. Beidseitig sind Radstreifen markiert. Breitere Radstreifen wären sicher zu begrüssen, sind aber aufgrund der Breite nicht beidseitig realisierbar. Patrick Koch will jedoch nicht nur jammern, sondern auch Lösungen aufzeigen. Wie wäre es wenn der Fahrradverkehr auf der Schachen- /Amlehnstrasse zukünftig nur noch in Richtung Stadt geführt würde? Der Veloverkehr in Richtung Kriens könnte auf der Luzernerstrasse geführt werden. Zwischen Kriens und dem Kupferhammer gibt es diverse Querverbindungen zwischen diesen beiden Strassen, die dieses Unterfangen möglich machen sollten. So steht mehr Platz zur Verfügung und der eine Radweg könnte nun breiter geführt und erst noch so markiert werden, dass er nicht mehr von Autos befahren werden darf. Somit würde sich die Situation auch in Bezug auf die Sicherheit für die Fahrradfahrer weiter verbessern. Zum Thema Tempo 30 auf der Schachen- /Amlehnstrasse gilt es folgendes festzuhalten: Im Jahr 2013 hat sich das Krienser Stimmvolk gegen Tempo 30 und andere Massnahmen auf der Schachen- /Am-

lehnstrasse ausgesprochen. Den Volksentscheid gilt es zu respektieren. Dies sei ein Generationenentscheid. Werde Kriens nun alle fünf Jahre über Vorlagen abstimmen, wenn der Volksentscheid nicht im Sinn der Regierung herausgekommen ist? Die finanziell arg gebeutelte Stadt Kriens hat kein Geld für teure Strassenexperimente. Will der Stadtrat Kriens in den Ruin treiben? Der besagte Strassenzug ist eine wichtige Entlastungsstrasse für die Kantonsstrasse Obernau-Kriens-Luzern. Ein Abwürgen des Individualverkehrs führt zu einer Umlagerung und schliesslich zu einem Verkehrskollaps auf der Krienser Hauptverkehrsschlagader. Dies hätte eine zusätzliche Behinderung des ÖV zur Folge und würden dessen Attraktivität schmälern. Wird Tempo 30 zum ÖV-Killer? Normalerweise werden teure Studien und Testplanungen in Auftrag gegeben, wenn die Bedeutung einer Strasse in Bezug auf den Gesamtverkehr eruiert werden soll. Bei der Schachen-/ Amlehnstrasse ist dies nicht nötig. Am 20. Januar 2014 ereignete sich um 15.00 Uhr ein Tötungsdelikt an der Schachenstrasse. Die Strasse war danach Stunden gesperrt. Der Verkehr brach in Luzern-Süd grossräumig zusammen. Damit wäre die grosse Bedeutung einer durchgehenden Schachen-/ Amlehnstrasse in der Praxis als beste «Stauprävention» bewiesen. Es sei absoluter Unfug darauf Tempo 30 zu planen oder wie vorgesehen – die Anzahl Fahrzeuge pro Tag zu beschränken. Tempo 40 auf der Schachen-/Amlehnstrasse sowie Tempo 30 auf den Seitenstrassen hat sich bewährt. Dafür besteht ein breiter Konsens. Unnötige Zeitverluste in Tempo-30-Zonen treffen auch Gewerbebetreibende wie u.a. Handwerker, Lieferanten und Taxifahrer. Hier bedeutet jeder Zeitverlust auch einen Geldverlust, der an Sie, den Endkunden weitergeleitet wird. Für die ansässigen Firmen wären Verkehrsbeschränkungen existenzbedrohend. Steigt die Sicherheit für die Fussgänger, wenn Querungshilfen wie Ampel oder Zebrastreifen fehlen? Es sei absolut nicht klar, ob die Ampeln und Fussgängerstreifen auf der Luzernerstrasse bestehen bleiben dürften. Radfahrer können bei 40 km/h zügig überholt werden. Bei 30 km/h ist die Differenzgeschwindigkeit so gering, dass der Überholvorgang sehr lange dauert. Oder werden die Autos gar von Velos mit gelben Nummernschildern rechts überholt? Tempo 30 führt klar zu einer Verschlimmderung der Situation. Die angedachten Verkehrsmassnahmen der «Grünen Verkehrsexperten» richten sich klar gegen den fliessenden Verkehr. Immer wieder wird moniert Tempo-30 sei das einzige probate Mittel, um die Lärmgrenzwerte einzuhalten. Mit dem Einbau von Flüsterbelägen der neusten Generation können die Lärm-Grenzwerte eingehalten werden. Verschiedene Studien belegen denn auch, dass der Lärm nicht reduziert wird, wenn Automobilisten in einem tieferen Gang fahren. In verschiedenen Aargauer Städten werden erfolgreich bei Sanierungsprojekten lärmarme Beläge eingebaut. Diese Strassenbeläge sind heute viel dauerhafter. Laut einer Analyse sind im Kanton Luzern Strassen auf einer Länge von rund 370 Kilometern übermässig mit Lärm belastet. Davon wurden in den letzten Jahren rund 300 Kilometer (Stand Ende März 2018) durch den Kanton oder die Gemeinden saniert – mit Lärmschutzwänden entlang der Strassen oder mit Schallschutzfenstern in angrenzenden Gebäuden. Es kann ja nicht sein, dass jetzt nur aus finanziellen Gründen und allen Widrigkeiten zum Trotz Tempo 30 durchgeboxt wird. Der Kanton soll auch in Kriens seinen Beitrag leisten. Die SVP sei gerne bereit auch in der Verkehrspolitik Kompromisse zu schmieden. Auch heute wieder machen sie Vorschläge und beteiligen sich konstruktiv an der Diskussion. Gerade in der Verkehrspolitik muss es heissen miteinander und nicht gegeneinander. Die SVP hat jedoch genug von den ständigen Tempo-30-Diskussionen. Ihnen sei jetzt der Kragen bei den nicht endenden Tempo 30-Vorlagen geplatzt. Ohne Kursänderung seitens des Stadtrates werde die SVP mit aller Wucht gegen die Totalrevision des Verkehrsrichtplanes ankämpfen. Das Volk wurde beim GVK nicht angefragt. Das Volk wurde einfach ausgeschaltet. Das werde die SVP-Fraktion bei dieser Abstimmung nachholen. Auch prüfen sie Mittel, um den «Tempo-30- Hype» in Kriens nachhaltig zu stoppen. Die Fraktion der SVP Kriens empfiehlt dem Einwohnerrat den vorliegenden B+A abzulehnen. Nicht überweisen werde die SVP auch das Postulat von Peter Stofer. Die beiden Bemerkungsanträge der KBVU nimmt die SVP-Fraktion an. Die Bemerkung der Jungen Mitte «Pragmatismus und Funktionalität vor Perfektionismus» empfiehlt die SVP ebenfalls zur Annahme. Die anderen Bemerkungsanträge lehnen sie ab.

Matthias Erni dankt dem Stadtrat im Namen der FDP-Fraktion für den Bericht und die Erarbeitung vom Gegenvorschlag. Es freut die FDP-Fraktion, dass im letzten Jahr schon viel für die Attraktivierung vom Veloverkehr gemacht wurde. Beispielsweise die Velobahn, welche den Mattenhof mit der Stadt verbindet oder das Obernau, welches ab Feldmühle angeschlossen ist. Velohaupttrouten sollen auch gemäss den Initianten getrennt vom motorisierten Individualverkehr geführt werden. Dies erachtet die FDP-Fraktion als richtig, weil dadurch Sicherheit für den Veloverkehr und für die Durchfahrt erleichtert werde. Es sei wichtig, dass

sich die Veloroute im Gesamtkontext optimal einfügt. Der motorisierte Individualverkehr wird in Kriens bereits heute durch den ÖV und sonstige Massnahmen auf den Hauptachsen erheblich eingeschränkt. Es sei deshalb für alle Verkehrsteilnehmer zu begrüssen, dass Velorouten getrennt geführt werden. Das mit einer getrennten Führung die Schachen-/ Amlehnstrasse zu einer autofreien Zone wird, kommt für die FDP-Fraktion nicht in Frage. Die Schachen-/ Amlehnstrasse ist eine grosse Entlastung für die Luzernerstrasse. Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Bemerkungsantrag der KBVU zustimmen. Wie bereits im Gesamtverkehrskonzept, schreibt der Stadtrat auch in diesem B+A über seine Verkehrsstrategie. Der Stadtrat verfolgt die sogenannte 3-V Strategie. Diese besagt: «Der Verkehr soll vermieden werden»? Da fragt sich die FDP-Fraktion ob es denn nicht einen Widerspruch ist, wenn man so viel Geld für eine Velonetzinitiative investiert, jedoch den Verkehr meiden möchte. Schliesslich sei es eher einen Anreiz um die Mobilität zu erhöhen. Deshalb ist es für den Stadtrat klar, dass die Politik mit der Forderung einer Vermeidung nicht in den B+A gehört. Allenfalls gehört dies in ein Parteiprogramm. Die FDP-Fraktion findet dies nicht lösungsorientiert und wird dem Antrag der KBVU ebenfalls zustimmen. Die Freisinnige Verkehrspolitik setzt auf ein intelligentes nebeneinander statt gegeneinander und deshalb sieht die FDP den Vorschlag vom Stadtrat als eine mögliche Lösung und auch die Fristen der Planung und Umsetzung sieht die FDP als richtig an. Die FDP bedankt sich bei allen beteiligten und empfiehlt den Beschlusstext mit dem Gegenvorschlag anzunehmen.

Michèle Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/ Die Junge Mitte-Fraktion beim Stadtrat für den wohlwollenden und realistischen Bericht und bei Pro Velo bzw. dem Komitee für die zielführende und zeitgerechte Initiative. Wer hat sich die letzte Zeit auf der Amlehn-/Schachenstrasse geärgert? Wer mit dem Velo? Wer mit dem Auto? Michèle Albrecht zu oft in beiden Situationen. Und immer war der «andere» Verkehrsteilnehmer Schuld. Für die Velofahrer kein Durchkommen. Für die Autofahrer ein schleichendes Ärgernis. Und sogar die Fussgänger sind unglücklich. Wenn Michèle Albrecht dann noch an die Kinder auf dem Schulweg denke, werde ihr noch banger. So kann es doch nicht weitergehen. Respekt und Sicherheit von und für alle Verkehrsteilnehmer müssen gewährleistet werden. Bekanntlich ist der Ausbau der Velo-Infrastruktur ein wichtiges Element der überregionalen Mobilitätsstrategie. Der vorliegende Gegenvorschlag kommt diesem Anliegen einen weiteren Schritt entgegen. Die zwei relevanten Anpassungen gegenüber der Initiative kann Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion nachvollziehen. Längere Umsetzungs-Frist (20 Jahren anstelle unrealistischen 10 Jahre). Absprachen mit Nachbargemeinden und kantonalen Stellen und Übereinstimmung mit Vorgaben nationalen Velogesetzgebung (tritt ab 01.01.23 in Kraft) sollen gewährleistet werden. Umsetzung vor Perfektionismus. Spielraum für die schrittweise und pragmatische Umsetzung soll über die Einhaltung von Maximalstandards gestellt werden. Auch die erwähnten Stossrichtungen analog der Initiative könne Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unterstützen. Velohaupttroutennetz als Bestandteil der Velonetzentwicklung. Relevante Orte werden angeschlossen. Velohaupttrouten werden nach Möglichkeit von Fuss- und MIV getrennt. Koordination mit Nachbargemeinden, Region und Kanton. Abstellanlagen fahrend erreichbar, gedeckt und in genügender Anzahl. Planung innert fünf und Umsetzung innert max. 20 Jahren. Weil es sich hierbei erst um einen Bericht beziehungsweise einen Gegenvorschlag handelt, fehlt auch der Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion Fraktion ein konkreter Massnahmeplan, die entsprechende Priorisierung und vor allem die Sicherstellung der Finanzierung. Gemäss Art. 10 Abs. 4/g. informiert der Stadtrat jährlich über den Zwischenstand. Die komplexe Mobilität beziehungsweise vorherrschende Kapazitätsengpässe auf den Krienserstrassen werden den Einwohnerrat also noch intensiv beschäftigen (Ausbau Ränggloch, Gesamtsystem Bypass Luzern, Durchgangsbahnhof Luzern). Nun gilt es also, auch den Kanton mit ins Boot zu holen. Es wäre eine verpasste Chance, nun nicht auch integrierte Verbesserungen auf den Kantonsstrassen zu realisieren. Oder Kriens träumt weiter von einem Tunnel unter dem Zentrum. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag und die entsprechende Änderung des Strassenreglements der Stadt Kriens. Auf die vorliegenden Anträge gehe Michèle Albrecht hier nicht detailliert ein. Gespannt blickt Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion voran auf eine allfällige 2. Lesung und die Volksabstimmung im 2023. Michèle Albrecht fordert den Einwohnerrat dazu auf, den Wandel der Mobilität gemeinsam anzupacken. Der Stadtrat braucht jetzt das Vertrauen und den nötigen Spielraum. Und die Krienser Bevölkerung gewinnt an Lösungen und Sicherheit, ob auf dem Velo, im Auto oder zu Fuss.

---

Bettina Gomer dankt im Namen der SP-Fraktion für das Erarbeiten des Gegenvorschlags. Im B+A des Gegenentwurfs zeigt der Stadtrat zahlreiche Gedankengänge zur Veloförderung auf und möchte viele Anregungen der Veloinitiative umsetzen, dass sei erfreulich. Leider erst bis in 20 Jahren und das ohne «klaren Fahrplan» eigentlich genau so, wie der Bund Veloförderung umsetzt. Ein Lichtblick darin ist, dass einzelne Massnahmen eventuell früher durchgesetzt werden können vor allem auf Kantonsstrassen. Es gibt immer wieder Gegenstimmen zur Veloförderung, für die SP-Fraktion unverständlich. Der Autoverkehr verursacht viele Kosten: einerseits die direkten Kosten für Planung, Bau und Unterhalt von Strassen und Parkplätzen, andererseits aber auch indirekte Kosten durch Abhängigkeiten und Luftverschmutzung. Oder, wie es der Stadtrat von Birmingham (GB) sagt: «Eine übermässige Abhängigkeit von privaten Autos ist schlecht für unsere Gesundheit und die unserer Familien, schlecht für unsere Gesellschaft und schlecht für das Geschäft.» Bei dieser Aussage geht es um den Wohlstand und die Auswirkung darauf, wenn die Gesellschaft nicht endlich Konsequenzen zieht. Kriens ist keine Grossstadt wie Birmingham, doch im Mobilitätsverhalten und Verkehrsaufkommen kann Kriens teilweise mithalten. Warum nur reagiert Kriens so zögerlich? Im Jahr 2043 (20 Jahre) rechnet die Schweiz in einem mittleren Szenario von 10 Mio. Einwohnenden, also ca. eine Million Menschen mehr als heute. Eine grosse Zunahme wird es in den Agglomerationsgürteln geben, da wo Kriens sich befindet. Kriens könne gar nicht anders als auf ÖV und Velo zu setzen, weil schlicht der Platz für noch mehr Strassen und Autos fehlt, ganz egal mit welchem Antrieb diese fahren - oder stehen. Das Velofahren ist darum besonders bedeutsam für den stadtverträglichen Verkehr, weil es emissionsarm, ressourcenschonend und vor allem flächeneffizient ist, auch als E-Bike. Flächeneffizienz ist für Kriens ein wichtiges Argument, denn Platz für mehr Strassen ist kaum vorhanden und trotzdem wird gebaut. Das Velo zu stärken heisst auch Stau für jene zu minimieren, die wirklich auf das Auto angewiesen sind. Aus diesem Grund allein, müssten mehr «Gewerbetreibende und Gewerbetreibende» fürs Velo weiblén. Um das Velo im Alltag zu etablieren, müssen spürbare Vorteile gegenüber anderen Verkehrsmitteln geschaffen werden – hinsichtlich Fahrzeit, Komfort und Sicherheit. Es geht dabei nicht um Firlefanz oder darum Verkehrsteilnehmende gegeneinander auszuspielen, es geht einzig um ein gemeinsames Vorwärtkommen. Velofahrende gehören auch zum Individualverkehr, einfach weniger motorisiert. Warum steigen nicht mehr Menschen auf das Velo um? Es ist Gewohnheit und Bequemlichkeit und Velofahren im Alltag wird als gefährlich wahrgenommen. Dem entgegenzuwirken, soll das Veloroutennetz möglichst lückenlos und unterbrechungsfrei ausgebaut werden. Es braucht die Sicht weg vom Auto hin zum Fahrrad. Nur dort, wo Konflikte zwischen Motor-, Velo- und Fussverkehr erst gar nicht entstehen, kann das Velo zum Verkehrsmittel erster Wahl werden. Und bis wann soll das passieren? Die SP-Fraktion findet 2043 wirklich sehr spät. Es geht schliesslich darum, so schnell als möglich Mobilitätslenkung zu betreiben. Es wäre sinnvoll, sich zu fragen: wie viele Prozent der täglichen Verkehrsteilnehmenden sollen eigentlich in 10 und in 20 Jahren das Velo nutzen und was braucht es dazu? Es geht um Menschen und um Zahlen, es geht um Ziel, Wirkung und Überprüfbarkeit. Es geht darum, Städterinnen und Städter auf den Velosattel zu bringen. Dazu braucht es ein ausgebautes und sicheres Velonetz, im 5-jährigen Schritt. Bettina Gomer-Beacco kommt noch zu den Finanzen. Ja wahrlich, Stillstand heisst nicht nur Rückschritt, es kostet auch viel. In der Schweiz kosten Staus jährlich über drei Milliarden Franken. Das ist absurd viel. Die Gemeinden verfügen über keine Verkehrssteuern. Sie finanzieren ihre Strassen aus allgemeinen Steuermitteln. Auch Velofahrerinnen und Velofahrer zahlen diese Steuern und nicht erst seit heute. Weiter wird sich hoffentlich das Bevölkerungswachstum nicht nur auf den Dichtestress auswirken, sondern auch auf dem Finanzwachstum. Zudem gibt es weitere finanzielle Anreize: Mit dem Programm Agglomerationsverkehr (PAV) beteiligt sich der Bund finanziell an Verkehrsprojekten von Städten und Agglomerationen. Von Beiträgen profitieren Agglomerationen, die mit ihren Programmen die Verkehr- und Siedlungsentwicklung wirkungsvoll aufeinander abstimmen. Alle vier Jahre wird dies vom Bund überprüft. Je besser das Programm dabei ist, desto höher ist die Beteiligung des Programms. In der Stadt Kriens wird jeder Rappen wohlüberlegt ausgegeben und hin und wieder unüberlegt am falschen Ort gespart. Im Nachgang heisst es dann oftmals: hätten man doch früher angefangen das oder jenes umzusetzen.. Aus Sicht der SP-Fraktion muss früher etwas passieren, darum werden sie einen entsprechenden Antrag stellen und stützen jeden weiteren Antrag welche die Veloförderung unterstützt. Die SP-Fraktion tritt auf den B+A ein.

---

## Einzelgespräch

Beda Lengwiler bedankt sich im Namen der Jungen Mitte beim Stadtrat für die Erarbeitung vom Gegenvorschlag. Die Junge Mitte ist mit dem Gegenvorschlag grundsätzlich einverstanden. Die Stadt Kriens sei bereit den Veloverkehr in Kriens zu fördern und das Velonetz inkl. Velohaupttroute auszubauen. Das freut die Junge Mitte. Sie haben den Gegenvorschlag in der Partei besprochen und das Fazit ist, dass der Bericht und der Gegenvorschlag gut sind, jedoch sollte das Reglement in drei Punkten optimiert werden. Es geht um Veloverleihstationen, pragmatische Umsetzung und Frist von zwanzig Jahren. Beda Lengwiler werde sich in der Detailbesprechung bei diesen drei Punkten nochmal einbringen.

Maurus Frey dankt für die wiederholte Aussage von einem Miteinander in der Verkehrspolitik. Der Einwohnerrat soll den Blick auf das Ganze richten und nicht auf eine einzelne Strasse oder ein einzelnes Tempolimit, welches drohen könnte. Maurus Frey stellt fest, dass die Mehrheit vom Einwohnerrat den Bericht nicht als einseitige Kriegserklärung gegenüber dem Auto missversteht. Dies sei eine gute Nachricht. Miteinander Lösungen zu finden sei auch das Ziel vom Stadtrat. Der Stadtrat wird Lösungen zusammen mit dem Einwohnerrat erarbeiten und diskutieren. Diese Lösungen werden dann auch befunden und der Einwohnerrat gibt die Leitplanken für die stadträtliche Verkehrspolitik vor. Es gibt eine grosse Forderung seitens der Initiative, jedoch muss man beim Platz und den Zeitverhältnissen realistisch bleiben. Ebenfalls muss man auch bei den verfügbaren finanziellen Mittel realistisch bleiben. All diese verschiedenen Interessen ausgewogen, machen eine erfolgreiche Verkehrspolitik aus. Eine Verkehrspolitik mit dem Blick aufs Ganze ist eine Verkehrspolitik, welche Lösungen bringt. Es wurde gefragt, was das Zielbild vom Modalsplit ist. Maurus Frey hat dies im Gesamtverkehrskonzept nachgeschaut. Für das Jahr 2030 wird ein Modalsplitanteil von 27 % beim Veloverkehr angegeben und der ÖV hat das Ziel von 18 %. Beim Veloverkehr ist Kriens auf gutem Weg, beim ÖV ist der Trend jedoch rückläufig. Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat, dass er auf das Geschäft eintritt. Es ist nachvollziehbar, dass der Einwohnerrat sich die Zeit von zwei Lesungen nehmen möchte. Es gilt auch hier einen Nagel mehr zu setzen, dass die richtigen Grundlagen für den Verkehrsrichtplan gesetzt werden können.

## Detaillberatung

### Seite 7 – 3V-Strategie: Bemerkungsantrag KBVU

Die KBVU fordert, dass die 3V-Strategie wie folgt umgesetzt wird. Verkehr vernetzen, verlagern und verträglich gestalten.

Matthias Erni begründet den Antrag im Namen der KBVU wie folgt. Die 3V-Strategie vom Stadtrat verfolgt das Ziel den Verkehr zu vermeiden, verlagern und verträglich gestalten. Die KBVU ist der Auffassung, den Verkehr vermeiden zu wollen ist nicht zielführend und nicht lösungsorientiert. «Verkehr vermeiden» wird ersetzt durch das vom Stadtrat vorgeschlagene vierte V «vernetzen» (siehe S. 7 im B+A Velonetz).

Peter Stofer findet es wichtig noch darüber zu diskutieren, was vermeiden genau bedeutet. Die Baukommission möchte vermeiden streichen. Beim vermeiden geht es nicht darum, dass man den Leuten die Autoschlüssel entzieht oder Autofreie Sonntage einführt. Bei Vermeiden geht es darum aus Sicht von der Raumplanung die Siedlungsentwicklung und den Verkehr miteinander abzustimmen. Peter Stofer weiss nicht, was daran falsch sein sollte. Vermeiden bedeutet zum Beispiel auch das Home-Office fördern. Peter Stofer weiss nicht, was die Baukommission gegen Home-Office hat.



Maurus Frey liest aus dem GVKK was vermeiden genau bedeutet. Das Verkehrsaufkommen muss nach Möglichkeit gedämpft werden zum Beispiel indem durch neue Strukturen, wie beispielsweise Home-Office, Wege nicht entstehen oder durch Durchmischung von Nutzungen und Ansiedlungen von Einrichtungen der Nahversorgung (Einkaufsmöglichkeiten für Güter des täglichen Bedarfs, öffentliche Dienste, Kindertagesstätten). Damit kann die Verkehrsnachfrage und die tatsächliche Verkehrsleistung reduziert beziehungsweise vermieden werden. Wenn man die 3V-Strategie einseitig auslegt und das Gefühl hat es sei eine Kriegserklärung gegen die individuelle Bewegungsfreiheit, sei dies missverstanden. Das 3V-Prinzip wurde vom Kanton im Jahr 2016 entwickelt und nun zum 4V-Prinzip weiterentwickelt. Es steht auch im Kantonalen Verkehrskonzept und es wäre der falsche Moment für Kriens dieses nun zurück zu buchstabieren und dem V eine neue Bedeutung geben. Vermeiden heisst nicht das Autofahren zu verbieten, sondern es heisst raumplanerisch geschickt zu agieren, damit weniger Wege notwendig sind. Der Stadtrat beantragt die Bemerkung abzulehnen.

### **Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU Seite 7 3V-Strategie**

Der Bemerkungsantrag wird mit 16:12 Stimmen abgelehnt.

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Ja   |
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Nein |
| Bienz Viktor         | Ja   |
| Bucher Zita          | Nein |
| Durrer Ivo           | Ja   |
| Erni Matthias        | Ja   |
| Felber Reto          | Nein |
| Fluder Hans          | Ja   |
| Gomer-Beacco Bettina | Nein |
| Gut Kathrin          | Nein |
| Kobi Tomas           | Nein |
| Koch Patrick         | Ja   |
| Lengwiler Beda       | Nein |
| Lisibach Armin       | Ja   |
| Meier Marco          | Ja   |
| Meyer Pascal         | Nein |
| Niederberger Raoul   | Nein |
| Portmann Michael     | Nein |
| Purtschert Bruno     | Nein |
| Rüegg Beat           | Ja   |
| Seeger Cedric        | Nein |
| Solari Simon         | Nein |
| Stofer Peter         | Nein |
| Tanner Beat          | Ja   |
| Vonesch Andreas      | Nein |
| Zellweger Martin     | Ja   |
| Ziemssen Jörg        | Ja   |

### **Seite 11 – Schachen- Amlehnstrasse: Bemerkungsantrag KBVU**

Die KBVU fordert, dass auf eine erneute Umgestaltung der Schachen- Amlehnstrasse verzichtet wird. Die Temporeduktion auf 40 km/h soll beibehalten werden.

Matthias Erni begründet den Bemerkungsantrag im Namen der KBVU wie folgt. Der Stadtrat untersucht aktuell Lösungsansätze für die Umgestaltung der Schachen-Amlehnstrasse (A-Massnahme im Agglomerationsprogramm 4. Generation, S. 11 im B+A). Die Schachen-Amlehnstrasse ist so, wie sie heute

besteht, als Entlastungsstrasse für ein funktionierendes Verkehrssystem in Kriens, von zentraler Bedeutung. Daher fordert die KBVU, dass auf eine weitere Temporeduktion, sowie auf eine Umgestaltung verzichtet wird.

Gemäss Peter Stofer sorgt sich die KBVU um ein funktionierendes Verkehrssystem in Kriens. Diese Sorge sei tatsächlich berechtigt. In den Spitzenstunden sei die Luzernerstrasse verstopft und die Schachen- Amlehnstrasse ebenfalls. Da herrscht eher ein Tempo 0 und kein Tempo 40 wie es gefordert wird. Auch der Stadtrat stellt fest, dass die Funktionalität der Schachen- Amlehnstrasse sehr komplex ist. Es ist ein Schulweg, Quartierserschliessung, Veloweg und eben auch ein Bypass, wenn die Luzernerstrasse verstopft ist. Der Stadtrat schreibt, dass dies zu einer problematischen Situation führt, mit klarem und dringenden Handlungsbedarf. Der Handlungsbedarf lässt sich mit Zahlen benennen. In den letzten zehn Jahren hat Kriens auf dieser Stasse 28 Verkehrsunfälle mit Fahrradbeteiligung bezeichnet. Das sind jedes Jahr mehrere. Es gibt ein Verkehrsproblem mit zwei total unterschiedlichen Lösungsansätzen. Die KBVU beantragt ein Denkverbot auf dieser Strasse. Der Stadtrat hingegen verfolgt eine fundierte und integrale Strategie. Es werde viel Unsinn geschrieben, wenn es um den Verkehr geht. Peter Stofer bittet den Einwohnerrat an die Fakten zu denken, wenn am Schluss dieser Debatte abgestimmt wird. Tempo 30 verringert die Strassenkapazität nicht. Wenn es gelingt den Verkehrsfluss zu bestätigen ist sogar das Gegenteil der Fall. Die Chancen auf der Schachen- Amlehnstrasse wären ideal. 75 % der schweren Velounfälle ereignen sich innerorts. Tempo 30 reduziert schwere Velounfälle bis zu einem Drittel. Kurz gesagt rettet Tempo 30 Leben. Dieser Vorstoss ist ein Versuch den Stadtrat bei der weiteren Planung in Ketten zu legen. Peter Stofer bittet deshalb den Antrag abzulehnen.

Maurus Frey beantragt im Namen vom Stadtrat diese Bemerkung abzulehnen. Der Einwohnerrat soll sich die Handlungsfreiheit bewahren. Maurus Frey versichert dem Einwohnerrat, dass er in die Lösungsfindung miteinbezogen wird bei einer so wichtigen Strasse. Diese Lösung muss schlussendlich auch Mehrheitsfähig sein und sonst hätte dies keine Chance.

### **Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU Seite 11**

Der Bemerkungsantrag wird mit 16:11 Stimmen abgelehnt.

|                      |            |
|----------------------|------------|
| Akermann Michèle     | Ja         |
| Albrecht Michèle     | Nein       |
| Amrhein Bruno        | Nein       |
| Bienz Viktor         | Enthaltung |
| Bucher Zita          | Nein       |
| Durrer Ivo           | Ja         |
| Erni Matthias        | Ja         |
| Felber Reto          | Nein       |
| Fluder Hans          | Ja         |
| Gomer-Beacco Bettina | Nein       |
| Gut Kathrin          | Nein       |
| Kobi Tomas           | Nein       |
| Koch Patrick         | Ja         |
| Lengwiler Beda       | Nein       |
| Lisibach Armin       | Ja         |
| Meier Marco          | Ja         |
| Meyer Pascal         | Nein       |
| Niederberger Raoul   | Nein       |
| Portmann Michael     | Nein       |
| Purtschert Bruno     | Nein       |
| Rüegg Beat           | Ja         |
| Segger Cedric        | Nein       |



|                  |      |
|------------------|------|
| Solari Simon     | Nein |
| Stofer Peter     | Nein |
| Tanner Beat      | Ja   |
| Vonesch Andreas  | Nein |
| Zellweger Martin | Ja   |
| Ziemssen Jörg    | Ja   |

**Seite 15 – Art. 10 Abs. 4 Lit. e: Antrag Die Junge Mitte**

Der Artikel 10 Abs. 4 (neu) Lit. e des Strassenreglements der Stadt Kriens soll durch «Die Veloverleihstationen werden an der Velohauptroute gefördert und ausgeweitet.» ergänzt werden.

Neu soll der Artikel wie folgt lauten:

e. Öffentliche Abstellanlagen für Velos sind fahrend erreichbar, gedeckt und in genügender Zahl vorhanden. Die Veloverleihstationen werden an der Velohauptroute gefördert und ausgeweitet.

Beda Lengwiler begründet den Antrag im Namen der Jungen Mitte. Veloverleihstationen (z.B. Next-bike) sollen speziell an den Velohaupttrouten gefördert werden. Es ist wichtig, dass Veloverleihstationen bei der Erstellung der Velohaupttrouten und der Abstellanlagen mit eingeplant werden. Um das Velonetz zu attraktiveren, sollen Veloverleihstationen an der Hauptroute, in Absprache mit den Anbietern, gefördert und ausgebaut werden.

Gemäss Maurus Frey entspricht dieser Antrag der Strategie vom Stadtrat und deshalb wird der Stadtrat nicht opponieren.

**Abstimmung über den Antrag Die Junge Mitte Seite 15 Art. 10 Abs 4 Lit. E**

Der Antrag wird mit 17:11 Stimmen angenommen

|                      |      |
|----------------------|------|
| Akermann Michèle     | Nein |
| Albrecht Michèle     | Ja   |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Ja   |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Ja   |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Ja   |
| Niederberger Raoul   | Ja   |
| Portmann Michael     | Ja   |
| Purtschert Bruno     | Ja   |
| Rüegg Beat           | Nein |
| Sege Cedric          | Ja   |
| Solari Simon         | Ja   |
| Stofer Peter         | Ja   |

|                  |      |
|------------------|------|
| Tanner Beat      | Nein |
| Vonesch Andreas  | Ja   |
| Zellweger Martin | Nein |
| Ziemssen Jörg    | Nein |

**Antrag Seite 15 SP Art. 10 Abs. 4f**

Der Wortlaut des Art. 10 Abs 4f des Strassenreglements der Stadt Kriens (Nr. 6201) wird wie folgt geändert: Bisher: Die Fristen richten sich nach dem Bundesgesetz für Velowege (Veloweggesetz), vom 18. März 2022, wonach die Planung innert fünf Jahren und die Umsetzung innert zwanzig Jahren nach Inkrafttreten des Veloweggesetzes zu erfolgen hat. Neu: Die Fristen richten sich nach dem Bundesgesetz für Velowege (Veloweggesetz), vom 18. März 2022, wonach die Planung innert fünf Jahren und die Umsetzung innert zwanzig Jahren nach Inkrafttreten des Veloweggesetzes zu erfolgen hat. Für die Anbindung an das Netz der Nachbargemeinden, für die Durchlässigkeit und die notwendige nach Norm erforderliche Sicherheit hat die Umsetzung des Velohauptnetzes im Zentrumsbereich, auf der Achse Renggloch-Eichhof und der Achse Zentrumsbereich- Luzern Süd innert 10 Jahren nach Inkrafttreten des Veloweggesetzes zu erfolgen.

Gemäss Reto Felber hat die Gemeindeinitiative, welche von über 700 Personen unterzeichnet wurde, eine 10-jährige Umsetzungsdauer über das gesamte Velohaupttroutennetz auf Krienser Stadtgebiet eingefordert. Diese Grundforderung bildet jetzt die Basis vom Kompromissantrag der SP-Fraktion für die Anpassung. Der Wortlaut des Art. 10 Abs 4f des Strassenreglements der Stadt Kriens (Nr. 6201) soll nun gemäss dem Antrag angepasst werden. Mit diesem Antrag ist die SP-Fraktion überzeugt eine für alle Parteien und Anspruchsgruppen verträgliche Umsetzungsdauer anzubringen. Damit in 10 Jahren auf den wichtigsten zwei Routen und im Stadtzentrum eine möglichst für alle Verkehrsteilnehmer sichere Velofahrwege umgesetzt werden kann, die noch dazu attraktiv sind. Ein weiteres Ziel muss doch noch sein, die jetzt noch motorisiert fahrenden Verkehrsteilnehmer mit einer attraktiver Hauptroute zum Velofahren zu begeistern und im besten Fall die Verkehrsdichte auf der Luzerner- und der Obernauerstrasse so stark zu reduzieren, dass der Stau zu den Hauptverkehrszeiten der Vergangenheit angehört. Das erfreut doch sicherlich alle Einwohnerratsfraktionen, auch die SVP-Fraktion.

Bruno Amrhein möchte kurz darauf hinweisen, dass wenn man 20 Jahre Umsetzungsfrist hat, heisst es nicht, dass 19 Jahre gewartet werden. Es wird während 20 Jahren etwas gemacht und deshalb kann Bruno Amrhein sehr gut damit leben. Der Einwohnerrat kann sagen, was prioritär behandelt werden soll.

Gemäss Maurus Frey beantragt der Stadtrat die Ablehnung. Es wird nicht nach Lustprinzip und Wetter ausgerichtet. Die Bauplanung wird nach Priorisierung der Massnahmen gemacht und diese Priorisierung orientiert sich an verschiedensten Kriterien wie Sicherheit, Kosteneffizienz und vor allem auch am Nutzen. Die hoch priorisierten Massnahmen entsprechen diesem Anliegen. 10 Jahre ist eine sehr sportliche Frist für die Erstellung von umfangreichen Infrastrukturen. Dies kann planerisch und finanziell überfordern.

Martin Zellweger dankt dem Stadtrat für diese Ausführungen. Ihm wurde gerade der Ball zugespielt, denn das sei ein gutes Beispiel, wie man aus dem Zusammenhang Prioritäten verankert, welche die Stadt Kriens bei notwendigen Investitionen wieder einholen. So verbaut man sich den Weg.

**Abstimmung über den Antrag SP Seite 15 Art. 10 Abs. 4f**

Der Antrag wird mit 16:12 Stimmen abgelehnt.

|                      |      |
|----------------------|------|
| Albrecht Michèle     | Nein |
| Amrhein Bruno        | Ja   |
| Bienz Viktor         | Nein |
| Bucher Zita          | Ja   |
| Durrer Ivo           | Nein |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Nein |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Ja   |
| Niederberger Raoul   | Ja   |
| Portmann Michael     | Ja   |
| Purtschert Bruno     | Nein |
| Rüegg Beat           | Nein |
| Seeger Cedric        | Ja   |
| Solari Simon         | Ja   |
| Stofer Peter         | Ja   |
| Tanner Beat          | Nein |
| Vonesch Andreas      | Nein |
| Zellweger Martin     | Nein |
| Ziemssen Jörg        | Nein |

#### Seite 15 - Art. 10 Abs. 4 Lit. f: Antrag Junge Mitte

Der Artikel 10 Abs. 4 (neu) Lit. f. des Strassenreglements der Stadt Kriens soll durch «Die Stadt Kriens strebt eine frühere Umsetzung an.» ergänzt werden. Neu soll der Artikel wie folgt lauten: f. Die Fristen richten sich nach dem Bundesgesetz für Velowege (Veloweggesetz), vom 18. Mai 2022, wonach die Planung innert fünf Jahren und die Umsetzung innert zwanzig Jahren nach Inkrafttreten des Veloweggesetzes zu erfolgen hat. Die Stadt Kriens strebt eine frühere Umsetzung an.

Gemäss Beda Lengwiler ist die Junge Mitte mit der Anpassung der Frist einverstanden. Die Stadt Kriens soll einen Spielraum von 20 Jahren für die Planung und Umsetzung erhalten. Die Junge Mitte ist der Meinung, dass der Spielraum von einer Frist von zwanzig Jahren sinnvoll ist. Jedoch findet die Junge Mitte, dass die Stadt Kriens eine möglichst schnelle Umsetzung anstreben soll. Die Stadt Kriens braucht aus finanziellen Gründen Spielraum, soll aber Vollgas geben.

Gemäss Maurus Frey ist der Stadtrat für Überweisung vom Antrag. Diese Forderung entspricht dem Willen vom Stadtrat. Es geht nicht darum, dass man mit einer 20-jährigen Frist alles 19 Jahre hinausschieben möchte. Der Stadtrat ist überzeugt, dass man auch mit einfachen und schnellen Massnahmen schon viel erreichen kann.

#### Abstimmung über den Antrag Junge Mitte Seite 15 Art. 10 Abs. 4 Lit. F

Der Antrag wird mit 19:9 Stimmen angenommen.

|                  |      |
|------------------|------|
| Akermann Michèle | Nein |
| Albrecht Michèle | Ja   |
| Amrhein Bruno    | Ja   |
| Bienz Viktor     | Nein |
| Bucher Zita      | Ja   |

|                      |      |
|----------------------|------|
| Durrer Ivo           | Ja   |
| Erni Matthias        | Nein |
| Felber Reto          | Ja   |
| Fluder Hans          | Nein |
| Gomer-Beacco Bettina | Ja   |
| Gut Kathrin          | Ja   |
| Kobi Tomas           | Ja   |
| Koch Patrick         | Nein |
| Lengwiler Beda       | Ja   |
| Lisibach Armin       | Nein |
| Meier Marco          | Nein |
| Meyer Pascal         | Ja   |
| Niederberger Raoul   | Ja   |
| Portmann Michael     | Ja   |
| Purtschert Bruno     | Ja   |
| Rüegg Beat           | Nein |
| Seger Cedric         | Ja   |
| Solari Simon         | Ja   |
| Stofer Peter         | Ja   |
| Tanner Beat          | Ja   |
| Vonesch Andreas      | Ja   |
| Zellweger Martin     | Nein |
| Ziemssen Jörg        | Ja   |

#### Seite 15 Art. 10 Abs. 4 Lit. H: Antrag Junge Mitte

Der Artikel 10 Abs. 4 (neu) des Strassenreglements der Stadt Kriens soll durch eine Ziffer ergänzt werden. h. Mit den für den Ausbau des Velonetzes verfügbaren finanziellen Mitteln wird eine möglichst grosse Wirkung erzielt (Pragmatismus und Funktionalität vor Perfektionismus).

Laut Beda Lengwiler findet die Junge Mitte es in der aktuellen finanziell angespannten Lage der Stadt Kriens wichtig, dass die Stadt Kriens grossen Wert auf eine möglichst auf die Funktionalität fokussierte Umsetzung legt. Die verfügbaren Mittel sollen nicht für teure Kleinigkeiten und Luxuslösungen ausgegeben werden. Das Velonetz soll den Verkehrsteilnehmenden in Kriens einen Mehrwert bieten und muss keinen Schönheitswettbewerb gewinnen. Der Stadtrat hat im B+A bereits erwähnt, dass er eine pragmatische Umsetzung anstrebt. Die Junge Mitte begrüsst dies sehr, ist aber der Meinung, dass dieser wichtige Punkt ins Reglement gehört. Aus diesem Grund beantragen sie dies unter einem neuen Artikel zu ergänzen.

Maurus Frey opponiert dieser Ergänzung im Namen vom Stadtrat. Funktionalität und Pragmatismus leitet die Planung grundsätzlich. Er verweist auf den Paragraph drei der Gemeindeordnung. Darin wird grundsätzlich festgelegt, dass die Verwaltung kostenbewusst arbeiten soll. Der Stadtrat findet es nicht zielführend, wenn in jedem einzelnen Reglement noch ein Sparsamkeitsgelübde steht.

#### Abstimmung über den Antrag Die Junge Mitte Seite 15 Art. 10 Abs. 4 Lit. h

Der Antrag wird mit 18:3 Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

|                  |            |
|------------------|------------|
| Akermann Michèle | Ja         |
| Albrecht Michèle | Ja         |
| Amrhein Bruno    | Ja         |
| Bienz Viktor     | Ja         |
| Bucher Zita      | Enthaltung |
| Durrer Ivo       | Ja         |
| Erni Matthias    | Ja         |

|                      |            |
|----------------------|------------|
| Felber Reto          | Enthaltung |
| Fluder Hans          | Ja         |
| Gomer-Beacco Bettina | Enthaltung |
| Gut Kathrin          | Enthaltung |
| Kobi Tomas           | Ja         |
| Koch Patrick         | Ja         |
| Lengwiler Beda       | Ja         |
| Lisibach Armin       | Enthaltung |
| Meier Marco          | Ja         |
| Meyer Pascal         | Ja         |
| Niederberger Raoul   | Nein       |
| Portmann Michael     | Enthaltung |
| Purtschert Bruno     | Ja         |
| Rüegg Beat           | Ja         |
| Seger Cedric         | Enthaltung |
| Solari Simon         | Nein       |
| Stofer Peter         | Nein       |
| Tanner Beat          | Ja         |
| Vonesch Andreas      | Ja         |
| Zellweger Martin     | Ja         |
| Ziemssen Jörg        | Ja         |

Der Beschlusstext wird an der zweiten Lesung behandelt.

## 5a Beantwortung Dringliche Interpellation Felber

Gemäss Räto Camenisch wurde die Beantwortung der dringlichen Interpellation Felber schriftlich vorgelegt.

Reto Felber dankt dem Stadtrat für die ausführliche und schnelle Beantwortung seiner Interpellation. Er zeigt mit sieben Bildern die Baustelleninstallation auf und spricht diese übergeordnet an. Auf Bild eins ist die Blickdichte Installation im Trottoirbereich ohne Verkehrsführung und auf Bild zwei zum Vergleich Signifikante Verbesserung der Verkehrsführung mit guter Markierung und Beschilderung. Die SP-Fraktion fragt sich, aus welchem Grund diese korrekte Verkehrsführung nicht von Beginn weg möglich wäre. Auf Bild drei ist eine Situation am Bahnhof ersichtlich. Dies ist praktisch die Verlängerung vom Freigleis. Aus Sicht der SP eine vorhandene Problematik in der Kurve zwischen Bahnhof und Arbeitszentrum Brändi Horw. Im Ausläufer der Veloschnellroute «Freigleis». Im nächsten Bild sieht man, dass durch das Aufstellen von sogenannten «Verkehrsbaken» eine zusätzliche Einengung des Strassenraums entsteht. Im Zusammenhang mit der Strassenabspernung kann dies zu einer gefährlichen Situation führen. Es wird in der Antwort der Frage 7 explizit auf über 1'000 LKW-Fahrten in diesem Strassenabschnitt hingewiesen. Deshalb könnte man ein zusätzliches Verkehrssignal erstellen. Allfällig könnte eine Umleitung für die Radfahrende durch das Mattenhofquertier signalisiert werden, um die oben aufgezeigte Situation signifikant verbessern zu können. Auf Bild sechs wird eine angeblich Hindernisfreie Führung des Fussverkehrs gezeigt. Auf Bild sieben eine ähnliche Situation weiter vorne gegen die Horwerstrasse. Für eine Hindernisfreiheit ist doch eine Breite 1.20m einzuhalten. Allerdings sind hier durch die parkierten Autos aber nicht mal 1.10m Minimalbreite für eine Fussgängerumleitungen eingehalten und somit ein Kreuzen kaum möglich. Auch die Durchgängigkeit mit Kinderwagen ist hier kaum möglich. Die SP-Fraktion sieht, dass bereits einiges erreicht wurde und zum Beispiel die Beleuchtung mit der gestern Mittwoch montierten Beleuchtung entlang des AWB nun steht. Auch wurde für die Führung der Zufussgehenden eine signifikante Verbesserung erzielt. Doch vor allem für die Hindernisfreiheit bittet die SP-Fraktion den Stadtrat schnellstmöglich weitere Verbesserung einzufordern und diese im bis jetzt gezeigten Tempo auch weiterhin vor Ort zu kontrollieren und zu korrigieren. Das Vorgehen einer nicht bauphasenbedingte, sondern einer permanente und nur mit wenig Anpassungen behaftete Gesamtbaustelleninstallation sieht die SP-Fraktion als Vorteil und dankt dem Stadtrat hierfür

---

für die Weitsicht. Mit der Beantwortung der Fragen 8 und 15 ist die SP-Fraktion allerdings nicht voll einverstanden. Für alle Anspruchsgruppen wäre eine Stadtverwaltung die klaren Standards bereits bei den Kontrollen der eingegeben Plänen einfordert und agiert anstatt im Nachhinein reagieren muss, ein grosser Vorteil. Somit könnten temporär ungünstige Baustelleninstallationen vor Baustart verhindert werden. Reto Felber möchte noch anfügen, dass es der SP-Fraktion klar ist, dass Baustelleneinrichtungen gewisse Nutzungseinschränkungen nach sich ziehen. Doch diese Einschränkungen müssen im tolerierbaren und verhältnismässigen Rahmen bleiben.

Laut Maurus Frey hat sich die Stadtverwaltung auch die Frage gestellt, weshalb es nicht von Anfang an richtig signalisiert werden kann. Es war ein misslungener Start von dieser Baustelle. Es wird das höchste Wohngebäude der Schweiz auf dem kleinsten Bau Feld der Stadt erstellt. Es wird tausende von Lastwagenfahrten geben. Es sei also keine Frage vom Komfort sondern eine Frage der Sicherheit. Der Stadtrat ist in einem intensiven Austausch mit den verantwortlichen. Es gab einen grossen Stapel und da war auch die Installation dring. Man versucht verschiedenste Interessen zu wahren. Stadtrat ist bemüht und dankt für die einzelnen Hinweise. Diese Baustelle wird einfluss haben auf die Umgebung. Man kann nicht das grösste Wohngebäude hinstellen. Hätte sich noch mehr gefreut wenn gerade noch das Bewerbungsdossier für die offen Stelle mitgeschickt worden wäre.

---

**6. Beantwortung Interpellation Stofer: Wie Schützt die Stadt Kriens ihre Bevölkerung vor Hitze?**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

---

**7. Beantwortung Interpellation Erni: Bevölkerungsschutz**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

---

**8. Postulat Stofer: Schachen-Amlehnstrasse: Tempo-30 jetzt! Zur Sicherheit des Veloverkehrs**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

---

**9. Postulat Amrhein Aktienverkauf**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

---

**10. Verabschiedung Hans Fluder**

Räto Camenisch liest die Abschiedsrede von Hans Fluder: «Mit Hans Fluder verabschieden wir heute ein Mitglied aus dem Krienser Einwohnerrat, das bereits zu einem festen Wert der Krienser Legislative gehört. Seit September 2008, ganze 14 Jahre politisierte der inzwischen 72 Jährige Vollblut Krienser im Stadtparlament Kriens. Selten ist jemand so verankert und vernetzt mit der Dorf-Stadt Kriens, ihrer

---

*Politik, der Bevölkerung, ihrem Brauchtum und ihrer Geschichte. Hans ist ein offener und ehrlicher Mitbürger, der gerne die Sachen so nennt wie sie sind. Deshalb trägt er auch nur einmal im Jahr eine Maske, nämlich an der Krienser Fasnacht. Von 2008 bis 2016 war Hans Fluder Mitglied der Bildungskommission, ab 2016 dann bis 2020 der KBSG. Im Jahr 2020 wechselte er zur Bürgerrechtskommission der er bis heute angehört. Hans war nicht der Parlamentarier der grossen Worte und der langen Reden. Hans brachte seine Anliegen geradeaus und von der Leber weg aufs Tapet. Das gilt fürs Parlament und auch privat. Wissen wir doch, dass Hans als aufrechter und geselliger Mensch immer gerne Mal ein Erlebnis oder eine Geschichte erzählt und auch Zuhörer findet. Hans ist ein konzilianter Mensch, umgänglich, verbindlich aber auch ausgleichend und verbindend. Mit der Übernahme des Präsidiums der SVP Kriens im Frühjahr 2016 hat er der Kommunalpartei ein neues Gesicht gegeben, offen und zugängliche ohne dabei in der Sache zu verwässern. Die politischen Vorstösse von Hans Fluder waren immer Praxisbezogen und keine Konstruktionen aus der Welt der Finanzen oder der Gesetze. Zustand von Liegenschaften, unordentliche Sammelstellen aber auch Manieren in der Politik waren Themen welche er über die Jahre aufbrachte und auf Missstände hingewiesen hat. Als Plakatmeister der Krienser SVP kennt Hans den zeitweisen unschönen Umgang mit politischen Arbeiten. Gar mancher Aushang musste er ersetzen nachdem Plakate zerstört wurden. Solches Verhalten widerstrebt dem aufrechten und ehrlichen Charakter von Hans Fluder. Hans, mit dir verlässt ein von allen geschätzter Kollege den Einwohnerrat, geordnet, wie nicht anders zu erwarten, auf Ende Jahr. Wir danken dir für deine Leistungen und deinen Einsatz, erst für das Dorf, dann für die Stadt Kriens. Als Präsident der SVP wirst du nicht von der Politbühne verschwinden, einige Dossiers wirst du aber sicherlich weniger lesen und die Zeit vielleicht vermehrt deinem Hobby, den Hunden, widmen. Wir wünschen dir alles Gute und danken dir herzlich.»*

Hans Fluder hat vom Einwohnerratspräsident gehört, dass er selbst nicht der Mann der langen Worte sei. Deshalb möchte Hans Fluder eine dreistündige Abschiedsrede halten. Schliesslich hat er 14 Jahre zum Zusammenfassen. Bei den Wahlen 2008 wurde Hans Fluder in den Einwohnerrat gewählt. Es waren 14 sehr interessante und lehrreiche Jahre. Hans Fluder durfte viele Personen in und um die Politik kennenlernen. Heute sieht Hans Fluder mit anderen Augen als noch zuvor. Hans Fluder dankt den Wählerinnen und Wähler. Aus seiner Sicht ist es wichtig, dass der Kontakt zu der Bevölkerung nicht verloren geht. Hans Fluder dankt der Stadtpräsidentin, den Stadträten, der Stadtschreiberin Karin Schuhmacher, der ehemaligen Protokollführerin Kimena Gisler und dem aktuellen Protokollführer Sascha Frevel. Diese Personen haben immer eine sehr gute Arbeit geleistet und den Einwohnerrat vollkommen bedient. Hans Fluder möchte ebenfalls der Kommission und insbesondere Barbara Wanner danken. Jeder der in der BRK war oder ist, weiss was für eine gute Arbeit Barbara Wanner leistet. Zuletzt dankt Hans Fluder den Einwohnerratsmitgliedern für die Diskussionen.

## Schluss

Räto Camenisch schliesst die Sitzung und freut sich im Anschluss alle im Schloss Schauensee zum Jahresabschluss willkommen zu heissen.

Die nächste Sitzung findet am 26. Januar 2023 statt.

Die Sitzung schliesst um 18:30 Uhr.

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

Räto Camenisch



---

Die Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Des Protokollführers

Sascha Frevel